

Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung im Winter 2018

1064 Editorial von Claus Michelsen et al.

Deutsche Wirtschaft im Spätherbst des Aufschwungs



1068 Bericht von Claus Michelsen, Dawud Ansari, Guido Baldi, Geraldine Dany-Knedlik, Hella Engerer, Stefan Gebauer, Malte Rieth und Aleksandar Zaklan

Weltwirtschaft und Euroraum: Hohe Unsicherheiten belasten Handel und Investitionen



1080 Bericht von Claus Michelsen, Christian Breuer, Martin Bruns, Max Hanisch, Simon Junker und Thore Schlaak

Wachstumstempo der deutschen Wirtschaft normalisiert sich nach Jahren der Hochkonjunktur

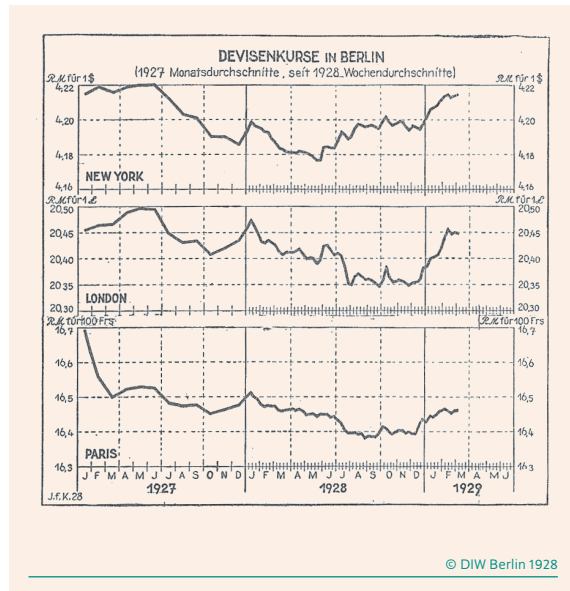
1096 Interview mit Claus Michelsen

1097 Anhang Hauptaggregate der Sektoren und VGR-Tabellen

1100 Kommentar von C. Katharina Spieß

Was die Grundgesetzänderung im Bildungsbereich und das Gute-Kita-Gesetz miteinander zu tun haben

Steigende Devisenkurse – Liquidität der Notenbanken



Die Devisenkurse sind seit Beginn des Jahres in raschem Tempo mit nur geringen Unterbrechungen gestiegen; sie haben damit annähernd den Stand von Mitte 1927 erreicht. Im Zusammenhang damit haben sich die ausgewiesenen Bestände der deutschen Notenbanken an Gold und Devisen von Ende Dezember bis Anfang März um rd. 80 Mill. RM vermindert.

Die Devisennachfrage war offenbar so stark, daß das laufende Angebot am offenen Markt nicht ausreichte; es mußte daher auf die Bestände der Notenbanken zurückgegriffen werden.

Aus dem Wochenbericht Nr. 50 vom 13. März 1929

IMPRESSUM



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.

Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89–0 Fax: –200

85. Jahrgang 12. Dezember 2018

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Tomaso Duso; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan;
Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Dr. Stefan Liebig;
Prof. Dr. Lukas Menkhoff; Dr. Claus Michelsen; Prof. Johanna Möllerström, Ph.D.;
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Jürgen Schupp; Prof. Dr. C. Katharina Spieß

Chefredaktion

Dr. Gritje Hartmann; Mathilde Richter; Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Karl Brenke

Redaktion

Renate Bogdanovic; Dr. Franziska Bremus; Rebecca Buhner;
Claudia Cohnen-Beck; Dr. Daniel Kemptner; Sebastian Kollmann;
Matthias Laugwitz; Dr. Alexander Zerrahn

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg

leserservice@diw.de

Telefon: +49 1806 14 00 50 25 (20 Cent pro Anruf)

Gestaltung

Roman Wilhelm, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den
Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).

Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter
unter www.diw.de/newsletter

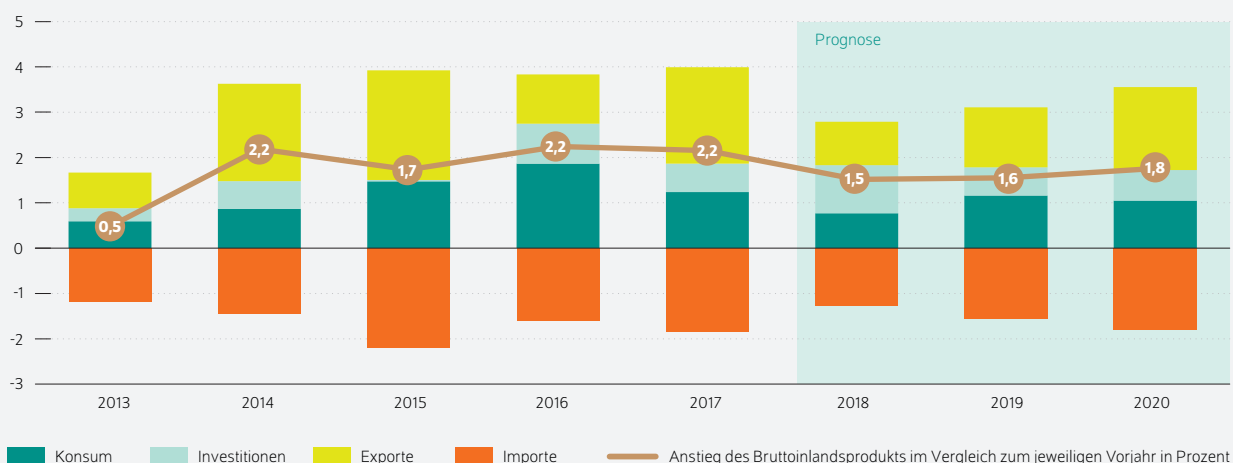
Deutsche Wirtschaft im Spätherbst des Aufschwungs

Von Claus Michelsen et al.

- DIW Berlin korrigiert Wachstumsprognose für deutsche Wirtschaft nach unten: auf 1,5 Prozent für 2018 und 1,6 Prozent für 2019
- Ende der Hochkonjunktur nach Jahren des überdurchschnittlichen Wachstums, deutsche Wirtschaft dennoch in guter Verfassung
- Probleme in Automobilindustrie haben Entwicklung zuletzt belastet – stabile Arbeitsmarktlage und starker privater Konsum werden Wirtschaftsleistung aber stützen
- Auslandsgeschäft läuft weiter gut, obwohl Weltkonjunktur ihren Höhepunkt überschritten hat
- „Harter“ Brexit würde exportorientierte deutsche Wirtschaft empfindlich treffen
- Öffentliche Haushalte nach wie vor mit deutlichen (2018: 56 Milliarden Euro), aber rückläufigen Überschüssen (2020: 38 Milliarden Euro)

Stabile Auslandsnachfrage und starker privater Konsum stützen die Konjunktur in Deutschland

Wachstumsbeiträge der einzelnen Komponenten des Bruttoinlandsprodukts in Prozentpunkten



ZITAT

„Die Gefahr einer Rezession ist eher gering, denn die Grunddynamik der deutschen Wirtschaft bleibt intakt. Das Auslandsgeschäft läuft nach wie vor relativ gut. Vor allem wird der private Konsum durch die Maßnahmen, die im Koalitionsvertrag vereinbart sind und zu Jahresbeginn 2019 wirksam werden, angeschoben – Stichwort Sozialversicherungsbeiträge.“ — Claus Michelsen, DIW-Konjunkturchef —

MEDIATHEK



Audio-Interview mit Claus Michelsen
www.diw.de/mediathek

Deutsche Wirtschaft im Spätherbst des Aufschwungs

Von Claus Michelsen, Guido Baldi, Christian Breuer, Martin Bruns, Geraldine Dany-Knedlik, Hella Engerer, Marcel Fratzscher, Stefan Gebauer, Max Hanisch, Simon Junker, Malte Rieth und Thore Schlaak

Die deutsche Wirtschaft wird nach Einschätzung des DIW Berlin in den kommenden beiden Jahren weiter spürbar wachsen. Die Zeiten der Hochkonjunktur sind allerdings vorbei, denn die wirtschaftliche Dynamik wird sich aller Voraussicht nach abkühlen. Das DIW Berlin bestätigt damit seine Einschätzung aus dem Spätsommer, der zufolge sich das Wachstumstempo der deutschen Wirtschaft – überlagert von Sondereffekten – allmählich normalisiert. Die Prognose für das Jahr 2018 wird jedoch gesenkt, auf nun 1,5 Prozent.

Derzeit ist das konjunkturelle Bild ungewöhnlich unscharf, was unter anderem auf die Entwicklung in der Automobilwirtschaft zurückzuführen ist: Die Hersteller von Kraftfahrzeugen haben große Probleme, ihre Fahrzeuge nach den neuen Abgas- und Verbrauchsnormen zu zertifizieren. Dies ist Voraussetzung für deren Verkauf innerhalb Europas. So konnten im Spätsommer sowohl im Inland als auch im Ausland weniger Autos abgesetzt werden, woraufhin die Hersteller ihre Produktion drosselten. Dies bremste auch die Ausfuhren, die Investitionen in den Fuhrpark und den privaten Konsum.

Die Produktionsausfälle werden voraussichtlich im Winterhalbjahr zumindest teilweise nachgeholt. Allerdings ist die Prognose hierzu mit außergewöhnlich großer Unsicherheit behaftet: Es ist durchaus möglich, dass eine Belebung weiter ausbleibt und die Wachstumsdynamik in diesem und im kommenden Jahr schwächer als prognostiziert ausfällt. Derzeit ist für 2019 mit einem Wachstum des hiesigen Bruttoinlandsprodukts von 1,6 Prozent zu rechnen. Die Sorgen über eine Überhitzung der deutschen Wirtschaft dürften damit endgültig vom Tisch sein. Im Jahr 2020 dürfte die Wachstumsrate zwar bei 1,8 Prozent liegen – allerdings

fällt sie wegen einer höheren Zahl an Arbeitstagen um gut 0,4 Prozentpunkte kräftiger aus.

Abgesehen von der Sonderkonjunktur in der Automobilindustrie sprechen aber grundsätzlich noch viele Aspekte für eine Fortsetzung des Aufwärtstrends – letztlich wird sich das Tempo der deutschen Wirtschaft nach Jahren, in denen die Produktionskapazitäten sehr gut ausgelastet waren, wohl lediglich normalisieren. Insbesondere die robuste Auslandsnachfrage, die brummende Bauwirtschaft und der private Konsum dürften die Konjunktur im kommenden Jahr weiter stützen. Auf dem Arbeitsmarkt setzt sich der Beschäftigungsaufbau fort und die Arbeitslosenquote sinkt weiter, bis unter die Marke von fünf Prozent. Die günstige Lage zahlt sich für die ArbeitnehmerInnen zunehmend aus: Die Löhne steigen in den kommenden Jahren auch nach Abzug der Inflation von rund zwei Prozent um voraussichtlich mehr als ein Prozent per annum. Zudem zeigt sich der Staat großzügig: So werden die BürgerInnen mit dem Jahreswechsel um mehrere Milliarden Euro entlastet, beispielsweise durch eine Absenkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung oder die Mütterrente. Hinzu kommt, dass der Beitrag für die gesetzliche Krankversicherung künftig wieder hälftig von ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen getragen wird. Die privaten Haushalte haben also deutlich mehr Geld in der Tasche.

Die Ertragslage der Unternehmen bleibt gut. Sie dürfen ihre Geschäfte weiterhin äußerst günstig finanzieren können, obwohl die Europäische Zentralbank angekündigt hat, ihre Geldpolitik zu straffen. So weiteten die Firmen ihre Investitionstätigkeit auch im Sommer aus, wenngleich das Niveau noch immer vergleichsweise gering ist. Nach wie vor bieten die Investitionsbedingungen hierzulande Möglichkeiten der Verbesserung – dies wird auch wiederholt im

Ease of Doing Business Index der Weltbank dokumentiert. Die Handelskonflikte zwischen den USA und dem Rest der Welt sorgen darüber hinaus dafür, dass viele Unternehmen vorsichtig sind und von einer größeren Investitionsoffensive absehen. Auch die Entwicklungen innerhalb der Europäischen Union dürften die Unternehmen zurückhaltend agieren lassen.

Das Auslandsgeschäft dürfte sich zwar deutlich weniger lebhaft entwickeln als noch vor Jahresfrist – dennoch zeigen sich viele wichtige Absatzmärkte nach wie vor in guter Verfassung. Die Konjunktur in den USA profitiert bis Mitte des kommenden Jahres von der Senkung der Unternehmenssteuern, Chinas Wirtschaft zeigt sich bislang weitgehend unbeeindruckt von den handelspolitischen Verwerfungen mit den USA und auch das Wachstum im Euroraum ist trotz einiger politischer Turbulenzen – nicht zuletzt in Italien – recht stabil.

Große Unsicherheit geht vom weiteren Fortgang des Brexit aus. Nachdem das britische Unterhaus vorerst nicht über das zwischen der EU und Großbritannien ausgehandelte Abkommen abgestimmt hat, ist ein ungeordneter Brexit, also ein Austritt ohne Vereinbarungen mit Blick auf die künftigen Handelsbeziehungen, weiterhin nicht ausgeschlossen. Die exportlastige deutsche Wirtschaft würde davon hart getroffen. Allerdings dürfte es nach wie vor das Interesse sowohl Großbritanniens als auch der EU sein, ein solches Szenario zu vermeiden. Sollten die nun von britischer Seite angestrebten Nachbesserungen am Brexit-Vertrag und eine darauf folgende Abstimmung im britischen Parlament nicht rechtzeitig über die Bühne gehen, ist eine Verschiebung des Brexit oder ein erneutes Referendum wahrscheinlicher als ein ungeordneter Austritt – insbesondere, wenn es im Zuge der jetzigen politischen Turbulenzen zu Neuwahlen in Großbritannien kommen sollte.

Viel hängt auch davon ab, in welche Richtung sich der Konflikt mit den USA entwickelt. Zumindest mit China standen die Zeichen zuletzt auf Entspannung – im Streit um die Autoimporte aus der Europäischen Union hingegen verschärfte sich der Ton gegenüber dem Sommer wieder. Ein eskalierender Handelskonflikt hätte für die europäische und insbesondere für die deutsche Wirtschaft schwerwie-

gende Folgen, die sich vor allem in Schlüsselsektoren der deutschen Wirtschaft materialisieren würden. Gemeinsame Simulationen der Wirtschaftsforschungsinstitute zeigen, dass Automobilzölle zu einem Produktionseinbruch bei Kraftfahrzeugen um gut sieben Prozent führen können. Etwas entspannt hat sich hingegen die Lage in der Türkei und anderen Schwellenländern, die im Sommer noch unter erheblichen Wechselkursturbulenzen litten.

Die öffentlichen Haushalte dürften in diesem Jahr mit einem Rekordüberschuss von 56 Milliarden Euro abschließen. Dabei handelt es sich einerseits um konjunkturell bedingte Überschüsse, andererseits beruhen sie auf den derzeit günstigen Zinsen für Staatsanleihen. Die Diskussion um die Verwendung der Überschüsse sollte insofern nicht darauf gerichtet sein, die Einnahmeseite des Staates durch umfassende Steuersenkungen dauerhaft zu schwächen – vielmehr sollte in die Zukunft des Landes investiert werden. Bereits in den kommenden Jahren werden die Folgen des demografischen Wandels deutlich spürbar. Das Arbeitskräftepotential schrumpft und drückt damit auf das Wachstumspotential. Gleichzeitig ist zwar die Erwerbsbeteiligung von Frauen und älteren ArbeitnehmerInnen gestiegen, diese arbeiten aber häufig in Teilzeit, die sie vielfach – unter günstigeren Voraussetzungen – gerne ausweiten würden. Investitionen in Kinderbetreuungs- und Bildungsangebote dürften geeignet sein, die Erwerbsbeteiligung weiter zu steigern. Auch eine Veränderung im Steuersystem – beispielsweise die Abschaffung des Ehegattensplittings oder eine Entlastung von niedrigen Einkommen – könnte die Anreize zur Erwerbsbeteiligung steigern. Zudem entwickelt sich die Produktivität seit Jahren eher schwach. Dies mag einerseits damit zusammenhängen, dass ein nicht unbeträchtlicher Teil des Beschäftigungsaufbaus in Sektoren mit geringer Produktivität stattfindet, etwa im Pflege- und Gesundheitsbereich. Allerdings ist auch die Investitionstätigkeit zu schwach, was ebenfalls zur geringen Produktivitätsentwicklung beiträgt. Um die Folgen des demografischen Wandels für das Wachstum zu kompensieren, sind auch Investitionen in die digitale Zukunft notwendig. Hier ist nicht nur die private Wirtschaft gefragt. Auch der Staat kann dies mit Vorleistungen direkt und mit der Finanzierung von Forschung und Entwicklung indirekt flankieren.

EDITORIAL

Claus Michelsen ist Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | cmichelsen@diw.de

Guido Baldi ist Gastwissenschaftler in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | gbaldi@diw.de

Christian Breuer ist Juniorprofessor für Europäische Wirtschaft an der Technischen Universität Chemnitz | christian.breuer@wirtschaft.tu-chemnitz.de

Martin Bruns ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | mbruns@diw.de

Geraldine Dany Knedlik ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | gdanyknedlik@diw.de

Hella Engerer ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | hengerer@diw.de

Marcel Fratzscher ist Präsident des DIW Berlin | mfratzscher@diw.de

Stefan Gebauer ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | sgebauer@diw.de

Max Hanisch ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Weltwirtschaft am DIW Berlin | mhanisch@diw.de

Simon Junker ist stellvertretender Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | sjunker@diw.de

Malte Rieth ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | mrieth@diw.de

Thore Schlaak ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | tschlaak@diw.de

This report is also available in an English version as DIW Weekly Report 50–52/2018:

www.diw.de/diw_weekly



Weltwirtschaft und Euroraum: Hohe Unsicherheiten belasten Handel und Investitionen

Von Claus Michelsen, Dawud Ansari, Guido Baldi, Geraldine Dany-Knedlik, Hella Engerer, Stefan Gebauer, Malte Rieth und Aleksandar Zaklan

ABSTRACT

Im dritten Quartal hat sich der globale Aufschwung etwas abgeschwächt, während die Abwärtsrisiken bis zuletzt zugenommen haben. Das DIW Berlin prognostiziert – nahezu unverändert – eine Expansion der weltwirtschaftlichen Produktion in Höhe von 4,3 Prozent für das Jahr 2018 und von 3,9 Prozent für 2019. Im Jahr 2020 wird sich die globale konjunkturelle Dynamik mit 3,6 Prozent abermals leicht verlangsamen. In einigen Ländern trugen Sonderfaktoren zur wirtschaftlichen Abschwächung bei. In den großen entwickelten Volkswirtschaften bleibt der private Konsum aufgrund der guten Arbeitsmarktlage die Hauptstütze der Konjunktur. Dagegen leiden die Investitionen der Unternehmen und der Außenhandel zunehmend unter den derzeit großen politischen Unwägbarkeiten. Brexit und Italien-Krise bergen Risiken für die Investitionen sowie den Konsum, und im Falle einer Eskalation des Handelsstreits besteht auch die Gefahr einer weltwirtschaftlichen Rezession. Die Geldpolitik dürfte global vorerst expansiv ausgerichtet bleiben. Von der Finanzpolitik sind keine nennenswerten Stimuli mehr zu erwarten, zumal die staatlichen Maßnahmen in den USA im Prognosezeitraum auslaufen.

Die konjunkturelle Dynamik der Weltwirtschaft schwächte sich im dritten Quartal dieses Jahres weiter ab (Abbildung 1). Sowohl in den entwickelten Volkswirtschaften als auch in den Schwellenländern ließ das Tempo der Expansion etwas nach. Allerdings trugen hierzu Sonderfaktoren bei. Im Euroraum, insbesondere in Deutschland, fiel die Produktion aufgrund von Zulassungsschwierigkeiten im Automobilsektor schwach aus, und in Japan sorgten Naturkatastrophen für ein Schrumpfen der Wirtschaft. In den USA normalisierte sich das Wachstumstempo lediglich nach einem überaus starken zweiten Quartal.

In einigen Ländern dürfte es vorübergehend zu Nachholeffekten im Winterhalbjahr kommen. Im weiteren Prognosezeitraum dürfte sich die graduelle Verlangsamung der Weltkonjunktur dann aber fortsetzen. In den USA gehen die Expansionsraten weiter zurück. Hier machen sich auslaufende finanzpolitische Impulse und eine straffere Geldpolitik bemerkbar. Hauptstütze der Konjunktur ist dort wie auch in vielen anderen großen entwickelten Volkswirtschaften der private Konsum. Dieser profitiert von einer weiterhin guten Lage am Arbeitsmarkt und nennenswerten Einkommenszuwächsen der Bevölkerung.

Die Investitionen der Unternehmen und der Außenhandel leiden hingegen zunehmend unter den großen wirtschaftspolitischen Unwägbarkeiten. Der Zollstreit zwischen den USA und China scheint bereits den Außenhandel in Asien zu belasten, und auch große internationale US-Konzerne reagieren zunehmend mit Investitionsattentismus. In Europa drücken politische Spannungen in Italien und im Vereinigten Königreich auf die Stimmung des privaten Sektors. Auch die Konsumenten und Unternehmen in den anderen Teilen Europas sind davon beeinflusst (Abbildung 2). Alles in allem dürfte sich die Ausdehnung der globalen Produktion von 4,3 Prozent in diesem auf 3,9 Prozent im kommenden Jahr abschwächen und mit 3,7 Prozent im Jahr 2020 abermals leicht an Schwung verlieren (Tabelle). Damit lässt das DIW Berlin seine Wachstumsprognose für die Weltwirtschaft weitgehend unverändert, allerdings haben die Abwärtsrisiken zugenommen.

In der Geldpolitik waren zuletzt wieder mehr die „Tauben“ tonangebend: In den USA signalisierten die Währungshüter eine etwas weniger schnelle Straffung der Leitzinsen. Im Euroraum ist zudem aufgrund der zuletzt schwächeren Konjunktur eine Anhebung der Zinsen erst nach dem Spätsommer 2019 wahrscheinlicher geworden. Hingegen wird die Finanzpolitik global wohl weitgehend neutral ausgerichtet sein. Zwar dürften zusätzliche staatliche Maßnahmen etwa in China und Europa das Wachstum leicht anschieben. In den USA laufen die Konjunkturreffekte von Steuerreformen und Ausgabenerhöhungen aber zunehmend aus.

Die Risiken für die globale Expansion haben zugenommen. Das Stillhalteabkommen im Handelsstreit zwischen den USA und China dürfte zunächst für eine Atempause sorgen. Damit sind die Risiken für den Welthandel aber nur aufgeschoben und keineswegs aufgehoben. Sollte es bei dem gegenwärtigen Stand der Zölle bleiben, dürften die konjunkturellen Effekte moderat bleiben. Bei einer globalen Eskalation des Handelsstreits besteht aber die Gefahr einer Rezession der Weltwirtschaft.¹ Zudem erlebt Europa weiterhin politisch schwierige Zeiten. Sowohl der Austrittsprozess des Vereinigten Königreichs als auch der Haushaltsstreit Italiens mit der EU-Kommission bergen erhebliche Risiken für die private Investitionstätigkeit und das Konsumentenvertrauen. Demgegenüber haben sich die Währungsturbulenzen und damit die Risiken für die Schwellenländer, die noch im Sommer bestanden, verringert. In der Türkei stabilisierte die drastische Erhöhung der Leitzinsen die Währung.

USA: Etwas nachlassende wirtschaftliche Dynamik

In den Vereinigten Staaten hat das Bruttoinlandsprodukt im dritten Quartal des laufenden Jahres kräftig um annualisiert 3,5 Prozent zugelegt. Getragen wurde das Wachstum von einem deutlichen Anstieg der privaten Konsumausgaben. Der Beitrag der Unternehmensinvestitionen hat sich hingegen verringert. Der Außenhandel hat einen negativen Wachstumsbeitrag geleistet.

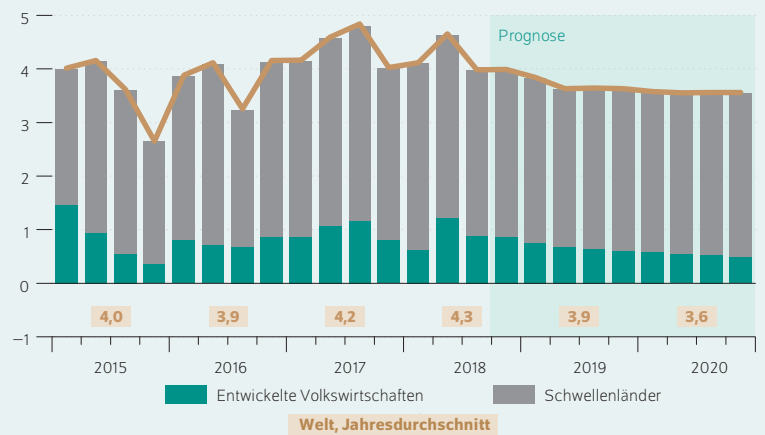
Auch in den kommenden Quartalen wird die US-Wirtschaft merklich zulegen; allerdings werden die Wachstumsraten etwas niedriger ausfallen als zuletzt. Etwas dämpfen dürfte wohl die Unsicherheit über den amerikanisch-chinesischen Handelsstreit. Aussagen nach dem G-20 Gipfel Anfang Dezember deuten zwar auf eine mögliche Entspannung hin. Ob es zu einer Einigung kommt, ist aber weiterhin unsicher.² Zudem verringern die bislang erfolgten Zinserhöhungen der Notenbank die Dynamik der US-Wirtschaft. Auch im Jahr 2019 ist mit weiteren schrittweisen Anhebungen der Leitzinsen zu rechnen. Angesichts eines

¹ Aufschwung verliert an Fahrt – Weltwirtschaftliches Klima wird rauer. Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2018. Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (Online verfügbar, abgerufen am 7.12.2018)

² Zudem ist nicht auszuschließen, dass sich die Handelsbeziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union verschlechtern. Bei den Verhandlungen über ein neues Handels- und Investitionsschutzabkommen mit Mexiko und Kanada wurde jedoch eine Einigung erzielt. Mit Unterzeichnung des neuen Vertrags United States-Mexico-Canada Agreement (USMCA) wird der bestehende Vertrag NAFTA (North American Free Trade Agreement) abgelöst.

Abbildung 1

Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts In Prozent, Prozentpunkten



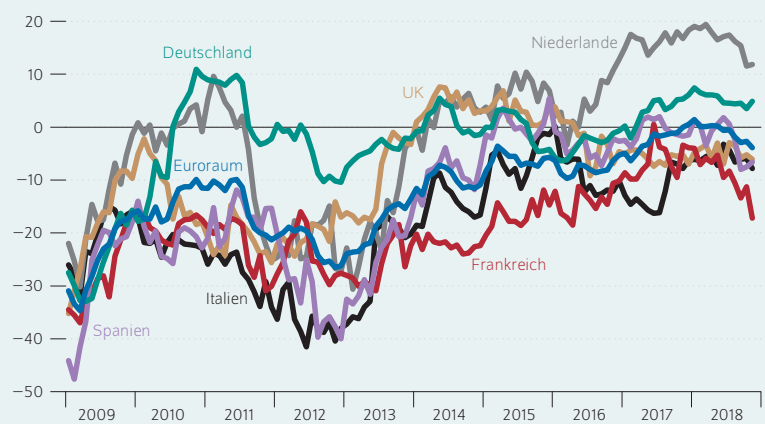
Quellen: Nationale statistische Ämter; DIW Wintergrundlinien 2018.

© DIW Berlin 2018

Das Tempo der Expansion lässt weltweit etwas nach.

Abbildung 2

Konsumentenvertrauen in Europa Index, Abweichung vom langfristigen Durchschnitt



Quelle: Europäische Kommission.

Letzte Beobachtung: November 2018.

© DIW Berlin 2018

Europaweit drückt die Stimmung auf den Konsum.

Kasten 1

Auswirkungen des Streits um den italienischen Haushalt**Defizitverfahren gilt als wahrscheinlich**

Der anhaltende Streit über den Haushaltsentwurf der italienischen Regierung trägt wesentlich zur politischen Unsicherheit in Europa bei. Die italienische Regierungskoalition aus rechtsextremer Lega und populistischer Fünf-Sterne Bewegung hatte in ihrem ursprünglich am 15. Oktober verabschiedeten Entwurf eine Neuverschuldung von 2,4 Prozent der Wirtschaftsleistung für das kommende Jahr angekündigt. Damit verdreifachte sie das von der vorhergehenden Regierung in Absprache mit der EU-Kommission verabschiedete Ziel einer geplanten Neuverschuldung von 0,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Kernpunkte des Haushaltsentwurfs stellen vor allem sozialpolitische Maßnahmen wie die Einführung eines Bürgereinkommens oder die Senkung des Renteneintrittsalters dar. Daneben sollen im Rahmen einer umfassenden Steuerreform eine ursprünglich geplante Erhöhung der Mehrwertsteuer gestrichen und Steuererleichterungen für Selbstständige und kleine und mittlere Unternehmen verabschiedet werden. Weitere Punkte sind die Gewährung einer Amnestie für Steuersünder sowie die Förderung öffentlicher Investitionsmaßnahmen.

Angesichts der bereits hohen Verschuldung Italiens, die mit gut 130 Prozent des Bruttoinlandsprodukts die Vorgaben im Maastricht-Vertrag bereits um mehr als das Doppelte übersteigt, wies die EU-Kommission den Entwurf schließlich am 23. Oktober – erstmalig in ihrer Geschichte – zurück. Die italienische Regierung ließ die ihr eingeräumte dreiwöchige Revisionsphase ohne Nachbesserungen verstreichen. Daraufhin kündigte die Kommission an, ein Defizitverfahren gegen die italienische Regierung einleiten zu wollen. Dieses muss jedoch letztlich von den Finanzministern und Finanzministerinnen der Mitgliedsstaaten gebilligt werden; deren Zustimmung hierzu gilt jedoch als sicher. Eine Entscheidung dürfte noch in diesem Jahr, spätestens aber kommenden Januar gefällt werden. Sollte ein Verfahren eröffnet werden, könnten bereits Mitte kommenden Jahres erste Sanktionen in Höhe von bis zu 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (etwa zehn Milliarden Euro) verhängt werden. Ob es im Rahmen eines Defizitverfahrens letztendlich zu finanziellen Sanktionen gegen Italien kommt, ist jedoch ungewiss. Vor allem die aus Rom Anfang Dezember in Aussicht gestellte Kursänderung könnte selbst im Fall einer Verfahrenseröffnung dazu führen, dass der Sanktionsbetrag letztlich verschwindend gering ausfällt.¹

¹ Der italienische Finanzminister hatte Anfang Dezember bestätigt, dass die Regierung eine Reduzierung der geplanten Neuverschuldung für 2019 auf 1,9 bis 2 Prozent in Erwägung zieht.

Unsicherheit an den Märkten stieg zuletzt spürbar

Die Regierungspläne und der damit einhergehende Konflikt zwischen der italienischen Regierung und der EU-Kommission haben die Unsicherheit an den Finanzmärkten spürbar erhöht. So stieg die Differenz zwischen den Renditen auf zehnjährige italienische und deutsche Staatsanleihen („Spread“) seit Ende September erneut deutlich, nachdem sie bereits Mitte Mai – als ein Zustandekommen der Regierungskoalition absehbar wurde – erstmals deutlich gestiegen war (Abbildung 1). Auch eine Herabstufung der Kreditwürdigkeit Italiens durch eine der führenden Ratingagenturen Mitte Oktober trug zur Verunsicherung an den Märkten bei. Nach zwischenzeitlichen Höchstständen von über 300 Basispunkten im Oktober und November sank der Spread im Zuge des neuerlichen Einlenkens der italienischen Regierung zuletzt jedoch wieder leicht. Dennoch bestehen weiterhin erhebliche Zweifel bei Investoren und den europäischen Partnern mit Blick auf die Tragfähigkeit der italienischen Haushaltspläne.

Konjunkturreffekte der geplanten Maßnahmen wohl eher gering

Zum einen wird die geplante Abkehr von einem verstärkt auf Schuldenabbau ausgerichteten haushaltspolitischen Kurs früherer Regierungen kritisch bewertet. Hinzu kommt, dass die Wachstumsprognose der italienischen Regierung von 1,5 Prozent im kommenden Jahr von verschiedenen Beobachtern als zu optimistisch eingeschätzt wird. Diese liegt den Berechnungen zur geplanten Neuverschuldung zugrunde, ein niedrigeres Wachstum würde dementsprechend das Haushaltsdefizit weiter steigen lassen.

Zwar verweist die Regierung auf die expansive Wirkung der beschlossenen Maßnahmen. Tatsächlich scheinen einige der im Haushaltsentwurf aufgeführten Punkte grundsätzlich geeignet, die wirtschaftliche Entwicklung in Italien kurzfristig zu beleben. So dürften sich etwa die Einführung einer Mindestsicherung in Form eines Grundeinkommens und die Rücknahme der erwarteten Mehrwertsteuererhöhung unmittelbar positiv im privaten Verbrauch niederschlagen. Allerdings scheint unklar, wie diese Maßnahmen dazu beitragen können, die strukturelle Wachstumschwäche Italiens langfristig zu beheben. Die Ankündigung aus Rom, die unter den vorhergehenden Regierungen eingeleiteten strukturellen Reformen teilweise zurückführen zu wollen, dürfte die Skepsis an den Märkten daher zusätzlich erhöht haben. Auch bestehen Zweifel darüber, wie schnell und in welchem Umfang die beschlossenen Maßnahmen letztendlich ihre Wirkung entfalten; etwa wie schnell in Aussicht gestellte Fördergelder wirklich

abgerufen werden können. Daneben stellt der weiterhin große Bestand italienischer Staatsanleihen in den Büchern italienischer Banken einen Unsicherheitsfaktor dar. So hielten italienische Finanzinstitute zuletzt mehr als die Hälfte der ausstehenden Schuldscheine, ein weiteres Drittel wird derzeit von der italienischen Zentralbank gehalten.² Aufgrund dieses „Home Bias“ im italienischen Bankensystem dürfte die Sorge über die Tragfähigkeit der italienischen Staatsschulden die sich im Zuge künftig steigender Zinsen ohnehin eintrübenden Finanzierungsbedingungen für italienische Banken zusätzlich verschlechtern.³ Die damit einhergehende relative Verschlechterung der Finanzierungsbedingungen – letztendlich auch für private Unternehmen – steht somit den positiven Impulsen der expansiven Maßnahmen der Regierung gegenüber. So wurde die Unsicherheit mit Blick auf den Haushaltsstreit in Umfragen unter italienischen Unternehmen zuletzt als wesentlicher Grund für den deutlichen Rückgang des Geschäftsklimas angeführt (Abbildung 2). Insgesamt dürften – wie hier unterstellt – die Wachstumseffekte der beschlossenen Maßnahmen somit nur geringfügig ausfallen; sollte der Effekt gesteigerter Risikoaufschläge letztendlich dominieren, könnten sie sogar negativ wirken.⁴

² Vgl. Banca d'Italia (2018): The Public Finances: Borrowing Requirement and Debt (online verfügbar).

³ Dominik Meyland und Dorothea Schäfer: EU-Staatsanleihen in Bankbüchern: Home Bias allgegenwärtig, aber Eigenkapitalbedarf sehr unterschiedlich. DIW Wochenbericht, Nr. 49/2018 (online verfügbar)

⁴ Vgl. etwa Olivier Blanchard, Álvaro Leandro und Jeromin Zettelmeyer (2018): Impact of Italy's Draft Budget on Growth and Fiscal Solvency.

Abbildung 1

Zinsspread Italien vs. Deutschland In Prozentpunkten; zehnjährige Staatsanleihen



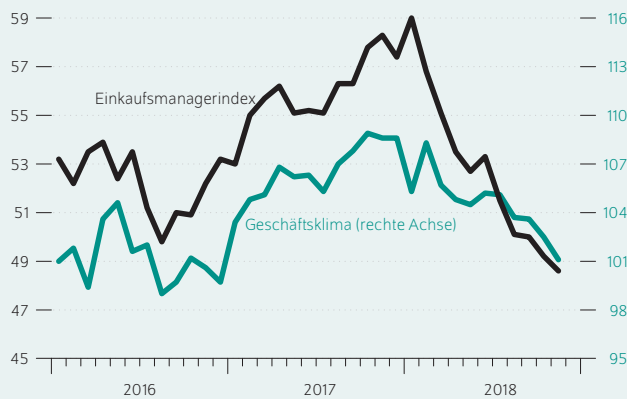
Quelle: Bloomberg, Stand 6. Dezember 2018

© DIW Berlin 2018

Die Differenz zwischen den Renditen deutscher und italienischer Staatsanleihen ist stark gestiegen.

Abbildung 2

Einkaufsmanagerindex und Geschäftsklima Italien In Punkten; verarbeitendes Gewerbe



Quelle: Bloomberg

Letzte Beobachtung: November 2018

© DIW Berlin 2018

Die politische Unsicherheit wirkt sich negativ auf die Stimmung in den Unternehmen aus.

Tabelle

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Weltwirtschaft In Prozent

	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote in Prozent			
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent											
	2017	2018	2019	2020	2017	2018	2019	2020	2017	2018	2019	2020
Euroraum	2,5	1,8	1,7	1,5	1,4	1,9	1,8	1,7	9,0	8,3	7,8	7,5
ohne Deutschland	2,6	2,0	1,7	1,6	1,3	1,8	1,7	1,6	11,4	10,6	10,1	9,9
Frankreich	2,3	1,6	1,7	1,6	1,1	2,0	1,6	1,7	9,4	9,2	8,6	8,3
Italien	1,6	1,1	1,2	1,1	1,3	1,3	1,3	1,4	11,3	10,7	10,4	10,3
Spanien	3,0	2,5	2,3	2,0	2,0	1,8	1,8	1,7	17,2	15,3	14,2	13,9
Niederlande	3,0	2,5	2,0	1,9	1,3	1,6	2,2	2,0	4,8	3,9	3,8	3,7
Vereinigtes Königreich	1,7	1,3	1,3	1,4	2,7	2,5	2,1	2,0	4,5	4,2	4,4	4,4
USA	2,2	2,9	2,4	1,6	2,1	2,5	2,2	2,1	4,4	3,9	3,6	3,5
Japan	1,7	0,9	1,1	0,8	0,5	1,0	1,1	1,2	2,8	2,4	2,4	2,4
Südkorea	3,1	2,7	2,6	2,5	2,0	1,7	2,6	2,7	3,7	3,6	3,0	3,0
Mittel- und Osteuropa	4,9	4,4	3,7	3,3	1,7	2,2	2,7	2,8	4,6	3,7	3,5	3,4
Türkei	7,4	4,9	2,6	3,2	11,1	16,6	15,6	8,2	10,9	10,9	10,6	10,1
Russland	1,6	1,5	1,7	2,0	3,5	3,0	4,3	3,7	5,1	4,7	4,6	4,5
China	6,8	6,6	6,3	6,0	1,4	1,7	2,3	2,4	4,0	4,0	4,0	4,0
Indien	6,2	7,7	6,0	5,7	3,5	4,1	6,0	6,1				
Brasilien	1,0	0,8	0,8	1,2	3,4	3,9	5,9	6,5	12,8	11,3	8,4	6,2
Mexiko	2,3	2,0	1,8	1,6	6,0	4,4	3,0	3,2	3,4	4,0	4,8	4,8
Entwickelte Volkswirtschaften	2,2	2,3	2,0	1,5	1,8	2,1	2,0	1,9	5,3	4,8	4,5	4,4
Schwellenländer	5,6	5,7	5,1	4,9	2,8	3,3	4,2	4,0	5,2	5,0	4,8	4,5
Welt	4,2	4,3	3,9	3,6	2,4	2,8	3,3	3,2	5,3	4,9	4,7	4,5

Quellen: Nationale statistische Ämter; DIW Wintergrundlinien 2018; saison- und kalenderbereinigte Daten.

© DIW Berlin 2018

moderaten Preisdrucks dürften die Erhöhungen aber etwas langsamer erfolgen als bislang. Gestützt wird das Wachstum der US-Wirtschaft zunächst noch durch eine expansive Finanzpolitik. Die Effekte der Steuersenkungen und der staatlichen Mehrausgaben werden aber innerhalb des Prognosezeitraums auslaufen. Vor diesem Hintergrund wird sich die Lage am Arbeitsmarkt etwas langsamer verbessern als in den letzten Jahren. Im November lag die Arbeitslosenquote nur noch bei 3,7 Prozent. Alles in allem wird die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts in den Jahren 2018 und 2019 wohl bei 2,9 beziehungsweise 2,4 Prozent liegen. Im Jahr 2020 dürfte sich das Wachstum der US-Wirtschaft auf 1,6 Prozent abschwächen.

Euroraum: Wachstumsdynamik lässt nach

Im dritten Quartal dieses Jahres verlangsamte sich die wirtschaftliche Expansion im Euroraum; das Bruttoinlandsprodukt legte um 0,2 Prozent zu. Insbesondere der private Verbrauch stützte das Wachstum, wohingegen die Investitionstätigkeit kaum zur Produktion beitrug. Der Außenhandelsbeitrag war vor allem aufgrund stagnierender Exporte insgesamt negativ.

Die anhaltend hohe politische Unsicherheit in Europa dürfte die Investitionstätigkeit im Prognosezeitraum weiter belasten, hierauf deuten die zuletzt rückläufigen Auftrags-eingänge sowie sinkende Einkaufsmanagerindizes bereits hin. So bleibt unklar, welche Folgen ein möglicherweise

noch dieses Jahr von der EU-Kommission eröffnetes Defizitverfahren gegen die italienische Regierung hat (Kasten 1). Unsicherheit besteht zudem über die Austrittsmodalitäten des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union (Kasten 2). Allerdings werden die weiterhin günstigen Finanzierungsbedingungen sowie finanzpolitische Impulse in einigen Mitgliedsstaaten die Investitionstätigkeit wohl stützen. Insgesamt dürfte der Wachstumsbeitrag der Investitionen im Prognosezeitraum somit positiv bleiben, allerdings weniger stark ausfallen als in den vergangenen Quartalen.

Die weiterhin guten Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt werden den Konsum der privaten Haushalte wohl begünstigen (Abbildung 3). Aufgrund zunehmender Knappheiten in einigen Sektoren dürfte die im Prognosezeitraum anziehende Dynamik der Nominallohne die real verfügbaren Einkommen stützen. Auch einige der beschlossenen finanzpolitischen Maßnahmen in den Mitgliedstaaten – etwa die im Haushaltentwurf angekündigten sozialpolitischen Maßnahmen der italienischen Regierung, die Anhebung des Mindestlohns in Spanien oder die Umsetzung der im Koalitionsvertrag vereinbarten Maßnahmen in den Niederlanden – werden sich wohl positiv im Verbrauch der privaten Haushalte niederschlagen.

Allerdings dürfte die zuletzt deutlich gestiegene Teuerung den privaten Verbrauch zunächst dämpfen. So lag die Inflationsrate im November bei 2,0 Prozent und damit oberhalb des Inflationsziels der Europäischen Zentralbank. Dennoch

Kasten 2

Britische Regierung verschiebt Abstimmung über Austrittsabkommen

Die britische Regierung hat die Parlamentsabstimmung über die Brexit-Einigung mit der Europäischen Union verschoben. Diese war ursprünglich für den 11. Dezember angesetzt worden. Nun dürfte es zügig zu Gesprächen über Nachbesserungen auf der Grundlage des im Rahmen einer Abstimmung wohl abgelehnten ersten Vertragsentwurfs kommen. Das Parlament könnte dann spätestens Anfang kommenden Jahres abstimmen. Beide Seiten dürften bestrebt sein, einen No-Deal Brexit, also einen Austritt Großbritanniens aus der EU ohne Abkommen, doch noch zu verhindern. Allerdings kündigten Vertreter der EU bereits an, dass der Spielraum für Änderungen am bestehenden Kompromiss deutlich begrenzt sei.

Britische Regierung hofft nun auf ein Entgegenkommen der EU

Der erste Teil der ursprünglichen Vereinbarung, der Austrittsvertrag,¹ sah eine bis Ende 2020 angesetzte Übergangsphase vor. Sollte das Vereinigte Königreich weiterhin wie geplant am 29. März 2019 aus der Europäischen Union austreten, bliebe es nach dieser Vereinbarung bis Ende 2020 Mitglied des EU-Binnenmarktes. Hieran dürften beide Seiten in kommenden Nachverhandlungen weiterhin festhalten.

Daneben sah der abgelehnte Vertrag vor, dass sich Bürgerinnen und Bürger aus Großbritannien und der EU bis Ende 2020 ohne Einschränkungen in beiden Wirtschaftsräumen aufhalten dürfen. Die britische Regierung hatte ursprünglich gefordert, dass Visa-Verschärfungen nicht erst nach Ende der Übergangsphase, sondern bereits mit dem Austritt Ende März eingeführt werden können. Insbesondere hier hatte der Vertragsentwurf für Unmut innerhalb der Regierungskoalition gesorgt, sodass die britische Seite nun auf Zugeständnisse seitens der EU drängen dürfte.

Der Vertrag beinhaltet auch eine Festschreibung der sich aus früheren Verpflichtungen Großbritanniens ergebenden Austrittskosten in Höhe von ungefähr 45 Milliarden Euro. Zwar könnte die EU bereit sein, ihre Forderungen im Sinne einer Einigung nun etwas niedriger anzusetzen, allerdings sind die Spielräume hierfür begrenzt.

Beide Seiten hatten sich ursprünglich auf einen Kompromiss im Streit um die Modalitäten an der Grenze zwischen dem EU-Mitglied Irland und dem zu Großbritannien gehörenden Nordirland verständigt. Dessen Kern stellt eine Variante der „Backstop“-Option dar. Diese würde eine harte Grenze mit Einschränkungen des Personen- und Warenverkehrs zwischen beiden Ländern in letzter Instanz verhindern. So sieht der Entwurf eine Zollunion der beiden Wirtschaftsräume vor, falls die Verhandlungen während der Übergangsphase keine andere Lösung ergeben. Deren Regeln wären dann bis zum Abschluss eines umfassenden Handelsabkommens gültig.

Die Sorge einer damit einhergehenden faktischen und dauerhaften Bindung Nordirlands – und somit des gesamten Vereinigten Königreichs – an den EU-Binnenmarkt bei gleichzeitigem Verlust des Stimmrechts dürfte einen Großteil der Parlamentarier veranlassen, den derzeitigen Vertragsentwurf abzulehnen. Allerdings erweisen sich Nachbesserungen in diesem Punkt ohne tiefgreifende Zugeständnisse einer der beiden Verhandlungsseiten als besonders schwierig.

Nachbesserungen und Abstimmung bis März trotz stark gesteigener Risiken das wahrscheinlichste Szenario

Weiterhin gilt das Szenario zügiger Nachverhandlungen und einer Zustimmung im britischen Parlament Anfang kommenden Jahres als wahrscheinlich. Beide Seiten dürften nun bereit sein, in Einzelpunkten – wenn auch nur marginale – Zugeständnisse zu machen, um das gemeinsame Minimalziel eines Brexit mit Abkommen und anschließender Übergangsphase zu erreichen. Allerdings dürfte die Regierungschefin nun weiter unter Druck geraten; stellt die Verschiebung der Abstimmung doch ein Eingeständnis fehlender Rückendeckung im Parlament und selbst in der eigenen Regierung dar. Daher erscheinen Neuwahlen noch vor dem Austrittstermin – entweder aufgrund eines Rücktritts der Premierministerin oder in Folge eines Misstrauensvotums – nun deutlich wahrscheinlicher. Sollte es dazu kommen, könnte der geplante Austritt Großbritanniens Ende März in Gefahr geraten, da insbesondere die britische Seite auf eine Verschiebung des Termins drängen dürfte. Auch eine letztliche Ablehnung des Austrittsabkommens durch das Parlament würde die Wahrscheinlichkeit einer Verschiebung des Austrittstermins erhöhen.² Andererseits könnten Neuwahlen zu einer Konstellation im britischen Parlament führen, mit welcher die Verabschiedung eines Abkommens unter Umständen leichter möglich wäre. Auch ein neues Referendum über den Verbleib des Vereinigten Königreichs in der EU scheint weiterhin möglich.

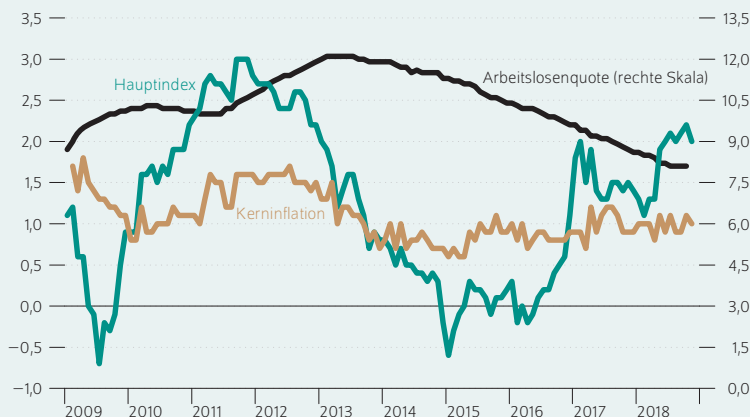
Der Prognose liegt weiterhin die Annahme eines weichen Brexit zugrunde. So wird hier im Basisszenario davon ausgegangen, dass die Nachverhandlungen in einer dann erneut angesetzten Abstimmung vom britischen Parlament gebilligt werden. Im Falle eines Scheiterns der Nachverhandlungen oder einer Ablehnung des Austrittsabkommens im britischen Parlament dürfte eine Verschiebung des ursprünglichen Brexit-Termins angestrebt werden, um weiter auf eine Einigung hinarbeiten zu können. Dies würde in jedem Fall bedeuten, dass die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen im Prognosezeitraum unverändert bleiben. Allerdings erhöht sich mit der Vertagung der Abstimmung im Unterhaus die Unsicherheit mit Blick auf den Fortgang des Brexit deutlich. Diese dürfte die Investitions- und Konsumneigung in Großbritannien im Prognosezeitraum spürbar belasten. Unternehmen und Verbraucher werden größere Ausgaben tendenziell wohl so lange zurückhalten, bis die Konturen über den weiteren Verlauf des EU-Austritts deutlicher werden. Dies wird im Basisszenario berücksichtigt.

¹ Die sich dem Austrittsvertrag anschließende politische Erklärung zu den zukünftigen Beziehungen beider Wirtschaftsräume stellt eine grundsätzliche Absichtserklärung über den Aufbau einer Wirtschafts- und Sicherheitspartnerschaft für die Zeit nach der Übergangsphase dar.

² Hierzu gäbe es auch eine rechtliche Grundlage. So hatte der Europäische Gerichtshof entschieden, dass Großbritannien den gestellten Austrittsantrag einseitig zurückziehen kann.

Abbildung 3

Arbeitslosenquote und Inflation im Euroraum In Prozent



Quellen: Nationale statistische Ämter; DIW Wintergrundlinien 2018; saison- und kalenderbereinigte Daten.

© DIW Berlin 2018

Die steigende Teuerung könnte den privaten Verbrauch dämpfen.

dürfte die Zentralbank ihre weiterhin expansiv ausgerichtete Geldpolitik wie angekündigt nur allmählich zurückfahren, da insbesondere kräftige Zuwächse bei den Energiepreisen die Inflation trieben (Kasten 3). Hingegen verharrt die Kernrate weiterhin auf einem niedrigen Niveau von 1,0 Prozent. Die Notenbank wird daher annahmegemäß die Nettoankäufe zum Ende dieses Jahres einstellen. Eine erste Anhebung der Leitzinsen wird für das dritte Quartal 2019 unterstellt.

Der Wachstumsbeitrag des Außenhandels wird sich im Zuge einer Abschwächung der weltwirtschaftlichen Konjunktur sowie eines etwas stärkeren Außenwerts des Euro im Prognosezeitraum wohl verringern. Die andauernde Eskalation des Handelsstreits zwischen China und den Vereinigten Staaten und ein in diesem Zusammenhang möglicher kräftiger Rückgang der Nachfrage aus dem außereuropäischen Ausland stellt ein weiteres Risiko für den Außenhandel dar. Das Bruttoinlandsprodukt im Euroraum dürfte im laufenden Jahr um 1,9 Prozent steigen. Das Wachstum dürfte sich im Prognosezeitraum mit 1,7 Prozent im Jahr 2019 und 1,5 Prozent im Jahr 2020 verlangsamen.

Vereinigtes Königreich: Schwache Binnennachfrage trotz guter Arbeitsmarktlage

Die britische Wirtschaft ist im dritten Quartal um 0,6 Prozent gewachsen. Insbesondere der Außenhandel, die öffentlichen Investitionen und der private Verbrauch stützten das Wachstum. Die Unternehmensinvestitionen waren hingegen das dritte Quartal in Folge rückläufig.

In diesem und im kommenden Jahr wird die Binnennachfrage wohl weiterhin nur moderat zum Wachstum beitragen. Insbesondere die Unsicherheit mit Blick auf den Brexit dürfte

Kasten 3

Sanktionen gegen Iran können im Prognosezeitraum zu moderatem Preisanstieg führen¹

Die Rohölpreise der Referenz-Ölsorte Brent² haben sich im Vergleich zum Niveau der Jahre 2015 und 2016 deutlich erhöht, getrieben von einer konjunkturell bedingt steigenden Nachfrage nach Rohöl. Gleichzeitig hielten die wichtigsten Rohölexporteure – die OPEC sowie Russland – weiterhin an einer Übereinkunft zur Angebotszurückhaltung fest, was den Ölpreisen weiteren Auftrieb verschaffte.

Jedoch zeigen sich seit Beginn des Jahres 2018 divergierende Entwicklungen auf der Angebotsseite. Im Mai 2018 beendete die Regierung der USA unilateral das seit 2015 bestehende Nuklearabkommen mit dem Iran und kündigte unter anderem die Wiederaufnahme von Sanktionen gegen iranische Rohölexporte an, die ab November 2018 in Kraft treten sollten. Diese Ankündigung führte zu einer Drosselung iranischer Ölexporte. In Erwartung der angekündigten Verknappung des iranischen Ölangebots beschlossen wichtige Produzentländer – insbesondere die OPEC³ und Russland – ihr Ölangebot kompensatorisch zu erhöhen. Gleichzeitig hat sich der Ausbau der US-Schieferölproduktion ungebremsst fortgesetzt. Mit einer Produktion von 11,45 Millionen Fass Rohöl pro Tag im Oktober 2018 haben die USA Saudi-Arabien als weltweit zweitgrößten Rohölproduzenten abgelöst und mittlerweile zu Russland aufgeschlossen, dem zuvor größten Produzenten. Die steigende Produktivität der Schieferölförderanlagen in den USA legt nahe, dass die Ölproduktion der USA auch im Prognosezeitraum weiter zunehmen wird.

Vor diesem Hintergrund wurde mit Hilfe des DIW-Modells OILMOD-E⁴ untersucht, welche Auswirkungen die US-Sanktionen gegen den Iran im Jahr 2019 auf den Ölpreis haben könnten (Tabelle 1 zeigt die verschiedenen Szenarien). Da die USA kurzfristig acht Ländern – China, Griechenland, Indien, Italien, Japan, Südkorea, Taiwan, und der Türkei – für zunächst 180 Tage das Recht eingeräumt haben, weiterhin iranisches Öl zu beziehen, ist unklar, in welchem Umfang die Sanktionen

¹ Dieser Kasten basiert auf Aleksandar Zaklan, Dawud Ansari und Claudia Kemfert (2018): Rohölmarkt: Sanktionen gegen Iran können zu moderatem Preisanstieg führen. DIW Wochenbericht Nr. 49, 1054 – 1059 (online verfügbar).

² Erdöl der Sorte Brent wird in der Nordsee gefördert und börslich in London gehandelt. Ihr Preis ist anerkannt als globaler Referenzpreis und wird auch in der Konjunkturprognose des DIW Berlin verwendet.

³ Die Organisation erdölexportierender Länder (Organization of the Petroleum Exporting Countries, OPEC) umfasst derzeit die Länder Algerien, Angola, Äquatorialguinea, Ecuador, Gabun, Iran, Irak, Katar, Republik Kongo, Kuwait, Libyen, Nigeria, Saudi-Arabien, Venezuela und die Vereinigten Arabischen Emirate.

⁴ Vgl. Zaklan, Ansari, Kemfert (2018), a. a. O.m, sowie Dawud Ansari (2017): OPEC, Saudi Arabia, and the Shale Revolution: Insights from Equilibrium Modelling and Oil Politics. Energy Policy 111, 166-178.

künftig tatsächlich durchgesetzt werden⁵, da diese acht Länder etwa 80 Prozent der iranischen Ölexporte beziehen.⁶ Im Rahmen der Szenarien wird zudem untersucht, inwieweit mögliche Förderausfälle durch andere Länder ausgeglichen werden können.

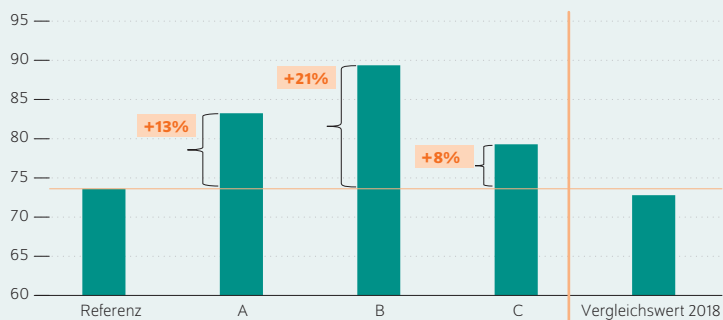
Im Referenzszenario wird angenommen, dass sich die Sanktionen nicht durchsetzen lassen, so dass sich der simulierte Preis auf dem in der jüngsten Vergangenheit beobachteten Niveau einpendelt (Abbildung 1, Referenzszenario). In Szenario A werden die Sanktionen nur zum Teil durchgesetzt, so dass 80 Prozent der iranischen Ölexporte ausfallen. Der Simulation zufolge führt dies zu einem Preisanstieg von etwa 15 Prozent. Die Verminderung der iranischen Exporte wird hier durch eine erhöhte Produktion anderer Anbieter aus bestehenden Kapazitäten teilweise kompensiert, jedoch kann der Ausfall aufgrund begrenzter Förderkapazitäten nicht vollständig ausgeglichen werden. Ein Preiseffekt in ähnlicher Höhe ergibt sich in Szenario C, in dem zwar die Sanktionen vollständig durchgesetzt werden, die USA allerdings ihre Förderkapazitäten schneller ausbauen und den Wegfall der iranischen Ölexporte dadurch teilweise kompensieren. Durch die zusätzlich verfügbaren Kapazitäten bleibt der Preiseffekt bei unter zehn Prozent im Vergleich zum Referenzniveau. Wenn hingegen die Sanktionen ohne den Ausbau zusätzlicher Förderkapazitäten in den USA (Szenario B) vollständig durchgesetzt werden, würden die Ölpreise stärker steigen und sich auf das hohe Preisniveau vor dem Jahre 2014 zubewegen.

Ein vollständiges Wegbrechen der iranischen Exporte ohne kompensatorischen Kapazitätsausbau in anderen Produzentenländern hätte demnach eine merkliche Preiserhöhung zur Folge, die jedoch vor dem Hintergrund der erheblichen Preisbewegungen in den vergangenen Jahren noch als moderat anzusehen wäre. Es ist jedoch wahrscheinlicher, dass der Ausbau von Produktionskapazitäten anderer Rohölförderer oder nur teilweise durchgesetzte Sanktionen auf iranische Ölexporte diesen Preiseffekt deutlich abmildern. Somit ist auf Grundlage der Simulationsergebnisse und unter der Annahme, dass auf dem Ölmarkt zwischenzeitlich keine gravierenden Schocks auftreten, im Prognosezeitraum mit weiterhin moderaten Rohölpreisen zu rechnen.

Abbildung 1

Historische und simulierte Ölpreise in den verschiedenen Szenarien

In US-Dollar pro Fass der Sorte Brent



Quelle: US Energy Information Administration und eigene Berechnungen mit OILMOD-E.

© DIW Berlin 2018

Eine teilweise Umgehung des Exportembargos oder eine Ausweitung der Förderkapazitäten beim US-Schieferöl vermindern den Preisanstieg.

Tabelle 1

Übersicht der simulierten Szenarien

Szenario	Verbleibende Exportkapazität des Iran	Reaktionen anderer Anbieter
Referenz	100	–
A	20	Nur Produktionsanpassung
B	0	Nur Produktionsanpassung
C	0	Ausbau der Förderkapazitäten in den USA (i.H.v. 15 Prozent) und Produktionsanpassung

© DIW Berlin 2018

Die Szenarien illustrieren verschiedene Fälle der Durchsetzung der Sanktionen und der Reaktionen anderer Marktteilnehmer.

⁵ Vgl. Oil and Gas Journal (2018): Sanctions revisited, 12. November 2018 (online verfügbar).

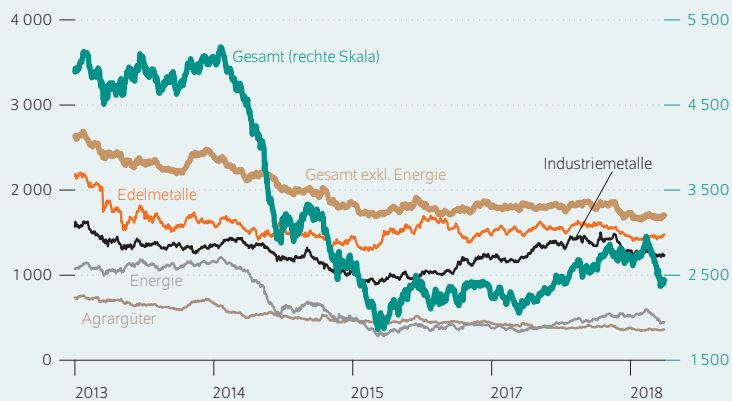
⁶ Vgl. Bloomberg (2018): Buyers of Iranian Oil to Get Waivers: Sanctions Wrap (online verfügbar).

Abbildung 4

Indikatoren zum weltwirtschaftlichen Umfeld

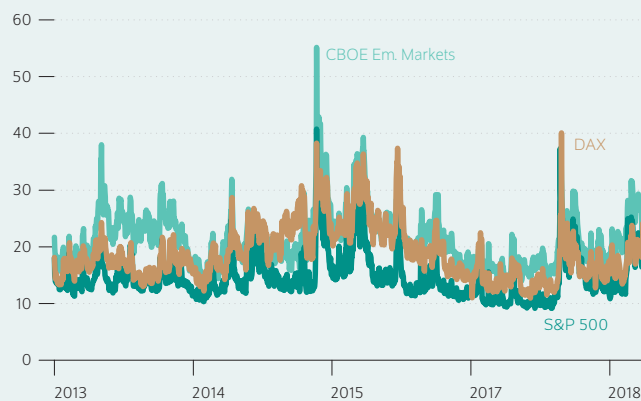
1. Rohstoffe

S&P Goldman Sachs Commodity Index, Total return, US-Dollar



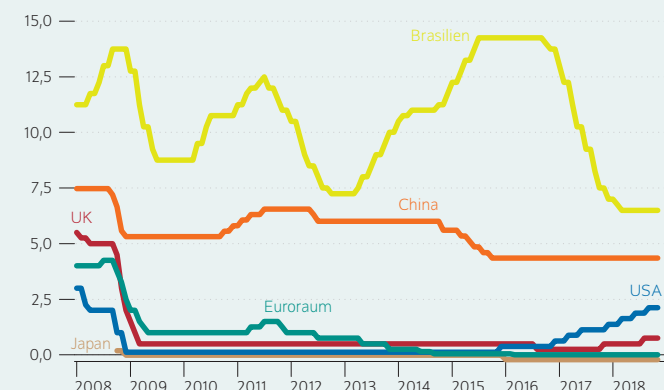
2. Implizite Volatilität

Schwankungen der Indizes in Punkten



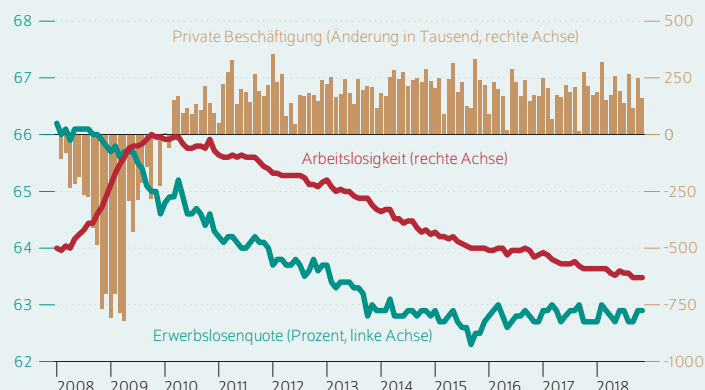
3. Leitzinsen

In Prozent



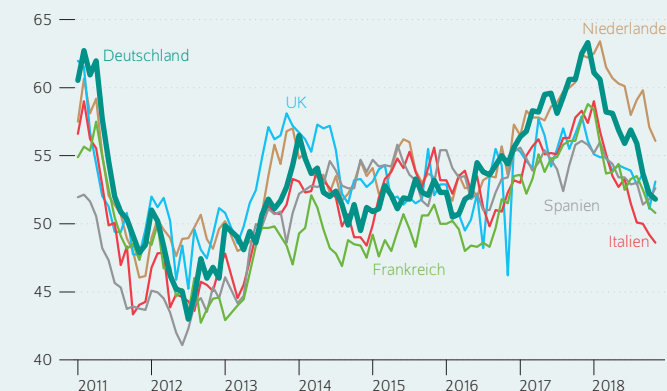
4. USA: Arbeitsmarktsituation

Monats-/Quartalsdaten, saisonbereinigt



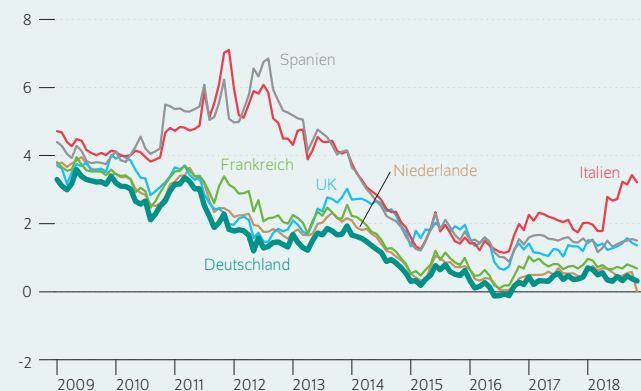
5. Einkaufsmanagerindizes in Europa

Punkte, verarbeitendes Gewerbe



6. Zehnjahresrenditen europäischer Staatsanleihen

In Prozent



Quellen: Bloomberg; Bureau of Labor Statistics; DIW Wintergrundlinien 2018.

Letzte Beobachtungen: 1. Oktober 2018 (Abbildungsteil 1), 10. Dezember 2018 (Abbildungsteil 2), November 2018 (Abbildungsteile 3 bis 6)

die Investitionstätigkeit der Unternehmen weiter belasten, hierauf deutet ein zuletzt erneut merklicher Rückgang der Einkaufsmanager- und Geschäftsklimaindizes hin. Zwar werden die weiterhin gute Lage auf dem Arbeitsmarkt und ein sich moderat fortsetzender Anstieg der Nominallohne die real verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte wohl stützen. Angesichts der historisch niedrigen Sparquote dürften die Einkommenszuwächse im kommenden Jahr allerdings verstärkt für die Ersparnisbildung aufgewendet werden. Somit wird wohl erst 2020 von einer merklichen Belebung der Binnennachfrage auszugehen sein. Im gesamten Prognosezeitraum wird der Wachstumsbeitrag des Außenhandels wohl leicht positiv sein, wofür die weiterhin rückläufigen Importe verantwortlich sind. Auch die Finanzpolitik wird – bedingt durch die im Haushaltsentwurf von Oktober angekündigten Maßnahmen – wohl insgesamt leicht expansiv wirken. In diesem und im kommenden Jahr dürfte das Wachstum bei 1,3 Prozent liegen, im Jahr 2020 wird die britische Wirtschaft dann wohl mit 1,4 Prozent etwas kräftiger zulegen.

Wachstum in Mittel- und Osteuropa noch kräftig

In Mittel- und Osteuropa war das Wachstum im dritten Quartal 2019 erneut kräftig – insbesondere in den großen Volkswirtschaften Polen und Rumänien. Gestützt wurde die wirtschaftliche Entwicklung in Mittel- und Osteuropa vom privaten Konsum. In einigen Ländern stiegen auch die Investitionen – teilweise aufgrund der Kofinanzierung durch EU-Fonds. Die Nachfrage aus dem Euroraum hat zudem die Exporte erhöht.

Im weiteren Verlauf dürfte die Wachstumsdynamik etwas nachlassen. Die Einkaufsmanagerindizes für Polen und Tschechien sind zuletzt etwas gesunken. Rückgänge der Auftragseingänge kündigen dabei eine schwächere Auslandsnachfrage an. Die Konsumenten sind etwas weniger zuversichtlich als noch im Sommer. Die privaten Haushalte dürften insgesamt zurückhaltender mit ihren Ausgaben sein. Die Lage am Arbeitsmarkt verbessert sich zwar weiterhin, aber die Arbeitslosenquote sinkt weniger rasch. Die nominalen Einkommen dürften weiterhin steigen; allerdings legt auch die Preissteigerung allmählich zu. Bisher hat aber nur die tschechische Zentralbank ihre Leitzinsen angehoben, und das auch nur leicht. Das Wachstum in Mittel- und Osteuropa dürfte in diesem Jahr 4,4 Prozent erreichen und sich in den beiden Folgejahren auf 3,4 Prozent beziehungsweise 3,3 Prozent verringern.

Russland: Privater Verbrauch entwickelt sich schwach

In Russland hat sich das Wachstum im dritten Quartal abgeschwächt. Bis einschließlich Oktober lag der Zuwachs bei 1,5 Prozent gegenüber der Vorjahresperiode. Dabei gingen die Produktion in der Landwirtschaft und die Bautätigkeit im Vergleich zum Vorjahreszeitraum zurück; Zuwächse gab es im verarbeitenden Gewerbe und in der Rohstoffproduktion. Der Einzelhandelsumsatz hat nur wenig zugelegt, so dass

vom privaten Konsum wohl geringe Impulse ausgingen. Der noch bis Ende des dritten Quartals gestiegene Ölpreis wirkte sich günstig auf die Exporteinnahmen aus; die Einfuhren waren gedämpft.

Im Prognosezeitraum zeichnet sich nur eine leichte Belebung der Konjunktur ab. Das Konsumentenvertrauen hat sich im dritten Quartal sogar etwas eingetrübt; der Rückgang der Arbeitslosenquote und der Reallohnanstieg haben sich verlangsamt.³ Gegen Jahresende könnte der Konsum aufgrund von Vorzieheffekten im Zusammenhang mit der Erhöhung der Mehrwertsteuer Anfang 2019 vorübergehend etwas zulegen. Die Preissteigerung dürfte weiterhin moderat bleiben; die russische Zentralbank hatte den Leitzins mit Hinweis auf erhöhte Inflationsrisiken aufgrund der Mehrwertsteuererhöhung und der Abwertung des Rubels bereits im September 2019 leicht angehoben. Ein positives Signal zeigt der über die Expansionsschwelle gestiegene Einkaufsmanagerindex des verarbeitenden Gewerbes, das stärkere Auftragseingänge auch aus dem Ausland verbucht. Die Exporterlöse sind aufgrund des rückläufigen Ölpreises im dritten Quartal zunächst gesunken. Auf dem Treffen der OPEC mit weiteren Förderländern (OPEC-Plus) Anfang Dezember wurde die Drosselung der Förderung beschlossen, was sich preisstützend auswirkt. Im Prognosezeitraum dürfte das russische Bruttoinlandsprodukt nach 1,5 in diesem Jahr in den beiden Folgejahren um 1,8 Prozent und 2 Prozent steigen.

Japan: Naturkatastrophen belasteten die Wirtschaft

Das Bruttoinlandsprodukt in Japan schrumpfte im dritten Quartal um 0,3 Prozent. Dabei war die schwache Konjunktur insbesondere durch eine Reihe von Naturkatastrophen (Überschwemmungen und Erdbeben) bedingt, welche die Konsumausgaben der privaten Haushalte und die Exporte dämpfte. Da der Rückgang der Wirtschaftsleistung hauptsächlich durch temporäre Faktoren bedingt war, dürfte die Produktion zum Ende dieses Jahres wieder anziehen. Ein Risiko für die Auslandsnachfrage stellt der anhaltende Handelsstreit zwischen den USA und China dar. Dieser dürfte den japanischen Handel über Zweitrundeneffekte innerhalb Asiens beeinträchtigen. Insgesamt wird das japanische Bruttoinlandsprodukt dieses Jahr wohl um 0,9 Prozent, im Jahr 2019 um 1,1 Prozent und im Jahr 2020 um 0,8 Prozent steigen.

China: Binnennachfrage stützt Wachstum weiterhin

Die Produktion in China nahm im dritten Quartal um 1,6 Prozent zu. Das Wachstum wurde hauptsächlich von einer kräftigen Binnennachfrage getragen. Der Außenhandel – und hierbei insbesondere die schwache Entwicklung der Exporte – wirkte hingegen dämpfend auf die Konjunktur.

³ Im Oktober 2018 wurde die schrittweise Erhöhung des Renteneintrittsalters ab 2019 beschlossen. Vorangegangen waren massive Proteste. Das Rentenalter wird für Männer von 60 Jahre auf 65 Jahre und für Frauen von 55 Jahre auf 60 Jahre erhöht, und zwar um jeweils 6 Monate jährlich.

Die im Zuge des Handelsstreits bisher ergriffenen protektionistischen Maßnahmen der USA dürften die chinesische Konjunktur im Prognosezeitraum nur leicht belasten. Zum einen betreffen sie nur einen Teil der gesamten chinesischen Exporte, zum anderen federt die Abwertung des Yuan die schwächere Exportnachfrage ab. Eine weiterhin

solide Binnennachfrage wird die Konjunktur im Prognosezeitraum wohl stützen. Hierbei dürfte die expansiv ausgerichtete Finanzpolitik die Binnennachfrage begünstigen. Insgesamt dürfte die chinesische Wirtschaft dieses Jahr um 6,6 Prozent, im Jahr 2019 um 6,3 Prozent und im Jahr 2020 um sechs Prozent wachsen.

Dawud Ansari ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt am DIW Berlin | dansari@diw.de

Guido Baldi ist Gastwissenschaftler in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | gbaldi@diw.de

Geraldine Dany Knedlik ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | gdanyknedlik@diw.de

Hella Engerer ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | hengerer@diw.de

Stefan Gebauer ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | sgebauer@diw.de

Claus Michelsen ist Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | cmichelsen@diw.de

Malte Rieth ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | mrieth@diw.de

Aleksandar Zaklan ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt am DIW Berlin | azaklan@diw.de

JEL: E32, E66, F01

Keywords: Business cycle forecast, economic outlook

This report is also available in an English version as DIW Weekly Report 50–52/2018:

www.diw.de/diw_weekly



Wachstumstempo der deutschen Wirtschaft normalisiert sich nach Jahren der Hochkonjunktur

Von Claus Michelsen, Christian Breuer, Martin Bruns, Max Hanisch, Simon Junker und Thore Schlaak

ABSTRACT

Die Jahre des überdurchschnittlichen Wachstums der deutschen Wirtschaft sind vorbei – unter dem Strich steht sie aber weiterhin nicht schlecht da. Zwar wird das hiesige Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr mit 1,5 Prozent deutlich weniger zunehmen als noch zu Jahresbeginn erwartet. Sorgen vor einer unmittelbar bevorstehenden Rezession dürften angesichts einer robusten Auslandsnachfrage und des anhaltenden Beschäftigungsaufbaus aber der Einschätzung weichen, dass sich nach Jahren des überdurchschnittlichen Wachstums das Tempo der deutschen Wirtschaft normalisiert. Der allmähliche Abbau der gut ausgelasteten Kapazitäten geht mit geringeren Zuwächsen des Bruttoinlandsprodukts einher; dies wird kurzfristig aber noch durch Nachholeffekte in der Automobilindustrie nach den Produktions- und Auslieferungsproblemen und durch die finanzpolitischen Einkommensschübe zum Jahresbeginn 2019 – Stichwort Sozialversicherungsbeiträge – überlagert werden.

Wie stark schwächt sich die deutsche Wirtschaft ab? Die Neubestellungen in der Industrie sind schon das ganze Jahr über rückläufig und das vom ifo Institut erhobene Geschäftsklima ist im November das dritte Mal in Folge gefallen. Unter diesen schwachen Vorzeichen ist eine technische Rezession, also zwei aufeinanderfolgende Quartale mit sinkender Wirtschaftsleistung, zum Jahresende im Rahmen des Möglichen – immerhin ist das Bruttoinlandsprodukt im dritten Quartal bereits geschrumpft (Abbildung 1). Allerdings war dies maßgeblich auf vorübergehende Probleme in der Automobilbranche zurückzuführen: Engpässe beim neuen Modell-Zertifizierungsverfahren hatten die Fahrzeugproduktion im Sommer belastet.

Die ausgefallene Produktion und der Verkauf der Autos dürften jedoch teilweise nachgeholt werden, voraussichtlich um den Jahreswechsel herum. Dies wird die Wirtschaftsleistung im Winterhalbjahr anschieben (Tabelle 1) und sich in kräftigeren Zuwächsen beim Konsum, beim Export sowie den Unternehmensinvestitionen niederschlagen. Vor allem aber bleiben die zwei Pfeiler des vorangegangenen, ausgeprägten Aufschwungs intakt: der Export und der private Konsum. Deswegen steht keine Rezession bevor, wohl aber eine Normalisierung des Tempos nach Jahren des überdurchschnittlichen Wachstums.

Der weltwirtschaftliche Boom hat seinen Höhepunkt schon seit dem Frühjahr überschritten.¹ Trotz zunehmender Handelsbarrieren ist die Auslandsnachfrage aber nach wie vor aufwärtsgerichtet: Die Wachstumsraten der Ausfuhren reichen zwar nicht mehr an das vergangene Jahr heran, sie geben aber auch nur graduell nach (Tabelle 2).

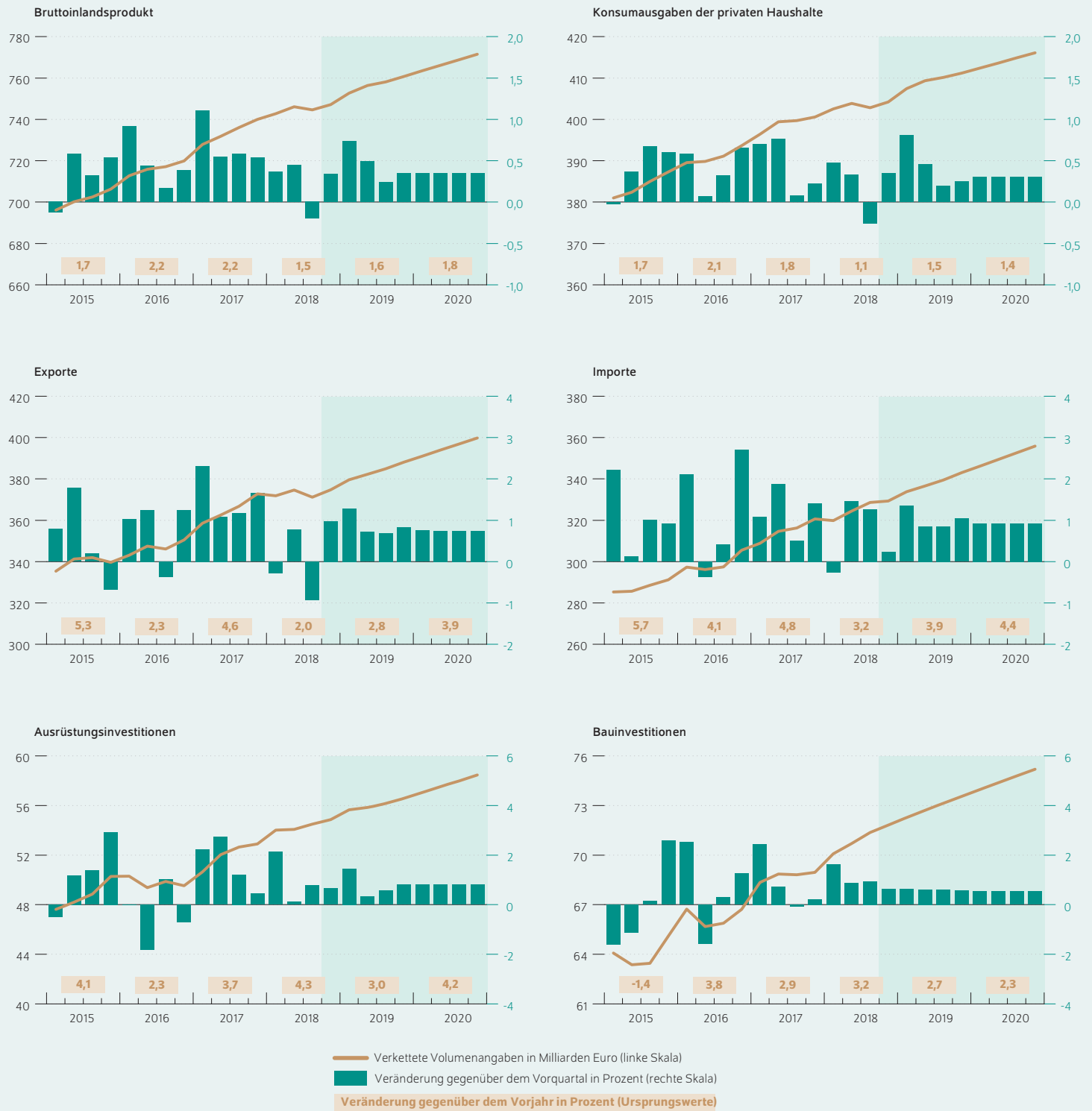
Auch am Arbeitsmarkt zeichnet sich ein Tempoverlust ab: Eine wichtige, konjunkturreagible Größe ist die Zahl der LeiharbeiterInnen. Diese ist nach jahrelangem, deutlichem Aufwärtstrend seit ihrem Höchststand im vergangenen November gesunken. Da die Arbeitnehmerüberlassung vor allem von der Industrie zur Überbrückung

¹ Vgl. dazu in dieser Ausgabe des DIW Wochenberichts den Bericht von Claus Michelsen et al. (2018): Weltwirtschaft und Euroraum: Hohe Unsicherheiten belasten Handel und Investitionen. DIW Wochenbericht Nr. 50, 1068–1078.

Abbildung 1

Bruttoinlandsprodukt und wichtige Komponenten

Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW Wintergrundlinien 2018; Prognose ab dem vierten Quartal 2018.

Tabelle 1

Entstehungsseite des Bruttoinlandsprodukts

	2018				2019				2017 ⁶	2018 ⁶	2019 ⁶	2020 ⁶
	I	II	III	IV	I	II	III	IV				
Bruttoinlandsprodukt ¹	0,4	0,5	-0,2	0,3	0,7	0,5	0,2	0,4	2,2	1,5	1,6	1,8
Effekt der Nettogütersteuern	0,0	0,2	-0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bruttowertschöpfung ²												
insgesamt	0,4	0,3	-0,1	0,3	0,7	0,5	0,2	0,3	2,2	1,5	1,5	1,8
Verarb. Gewerbe	-0,4	0,4	-1,0	0,2	1,3	0,7	0,2	0,4	2,7	1,4	1,7	2,8
Baugewerbe	1,1	1,4	1,2	0,7	0,6	0,6	0,5	0,5	2,4	3,7	2,9	2,7
Handel, Gastgew., Verkehr	1,0	0,2	-0,5	0,7	0,7	0,7	0,2	0,4	3,4	2,0	1,7	2,0
Unternehmensdienstleister	0,7	0,8	-0,5	0,8	1,1	0,9	0,4	0,6	2,6	1,8	2,7	2,3
Öff. Dienstl., Erziehung, Gesundheit	0,3	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	1,4	1,0	0,8	0,9
übrige Dienstleister ³	0,7	0,1	0,3	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2	1,6	1,4	1,0	0,9
Erwerbstätige ⁴												
insgesamt	210	87	117	107	85	74	67	66	627	576	350	254
Prod. Gewerbe (o. Bau)	54	38	21	21	20	16	13	12	89	135	77	40
Baugewerbe	18	2	11	3	4	3	2	2	38	40	16	8
Handel, Gastgew., Verkehr	49	4	26	19	19	17	16	14	107	100	72	59
Unternehmensdienstleister	15	12	7	20	17	17	17	17	142	72	64	62
Öff. Dienstl., Erziehung, Gesundheit	55	36	44	31	24	22	20	22	201	186	110	88
übrige Dienstleister ³	22	-11	7	15	2	1	0	0	54	41	13	2
Produktivität ⁵												
insgesamt	-0,1	0,1	-0,4	0,1	0,6	0,3	0,1	0,2	0,7	0,2	0,7	1,2
Prod. Gewerbe (o. Bau)	-1,1	-0,2	-0,9	-0,2	1,2	0,4	0,1	0,3	1,3	-0,4	0,8	2,2
Baugewerbe	0,4	1,3	0,8	0,6	0,5	0,5	0,4	0,4	0,8	2,0	2,3	2,4
Handel, Gastgew., Verkehr	0,5	0,2	-0,8	0,5	0,5	0,5	0,1	0,3	2,3	1,0	1,0	1,4
Unternehmensdienstleister	0,5	0,6	-0,6	0,5	0,8	0,6	0,1	0,3	0,2	0,6	1,6	1,3
Öff. Dienstl., Erziehung, Gesundheit	-0,2	-0,2	-0,2	-0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	-0,5	-0,7	-0,2	0,1
übrige Dienstleister ³	0,4	0,0	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,6	0,7	0,7	0,9

1 Änderung des preis-, kalender- und saisonbereinigten Bruttoinlandsprodukts im Vergleich zum Vorquartal in Prozent.

2 Bruttowertschöpfung: insgesamt - preis-, kalender- und saisonbereinigte Änderung im Vergleich zum Vorquartal in Prozent.

3 Die „übrigen Dienstleister“ umfassen die Bereiche Information und Kommunikation, Grundstücks- und Wohnungswesen, Finanz- und Versicherungs- sowie sonstige Dienstleister.

4 Änderung der saisonbereinigten Zahl der Erwerbspersonen im Vergleich zum Vorquartal in Tausend.

5 (Arbeits-)Produktivität je Erwerbstätigem in Prozent.

6 Jahre: Änderungen (Wirtschaftsbereiche: Wachstumsbeiträge) gegenüber Vorjahr, basierend auf Ursprungswerten; Erwerbstätige - absolute Änderung in Tausend (Jahresmittel).

Quelle: DIW Wintergrundlinien 2018; Prognose ab dem vierten Quartal 2018.

© DIW Berlin 2018

Tabelle 2

Quartalsdaten zur Entwicklung der Verwendungskomponenten des realen Bruttoinlandsprodukts

Saison- und kalenderbereinigte Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent

	2018				2019				2020			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Privater Verbrauch	0,5	0,3	-0,3	0,3	0,8	0,5	0,2	0,2	0,3	0,3	0,3	0,3
Öffentliche Konsumausgaben	-0,5	0,8	0,2	0,5	0,6	0,5	0,3	0,5	0,5	0,5	0,3	0,3
Bruttoanlageinvestitionen	1,4	0,5	0,8	0,6	0,9	0,6	0,6	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7
Ausrüstungen	2,1	0,1	0,8	0,6	1,5	0,3	0,6	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8
Bauten	1,6	0,9	0,9	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,5	0,5	0,5	0,5
Sonstige Investitionen	-0,5	0,3	0,2	0,7	0,8	0,8	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7
Lagerveränderung ¹	-0,1	0,2	0,7	-0,4	-0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Inländische Verwendung	0,4	0,7	0,8	0,0	0,7	0,5	0,3	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
Außenbeitrag ¹	0,0	-0,2	-1,0	0,4	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Export	-0,3	0,8	-0,9	1,0	1,3	0,7	0,7	0,8	0,8	0,7	0,7	0,7
Import	-0,3	1,5	1,3	0,2	1,4	0,8	0,8	1,0	0,9	0,9	0,9	0,9
Bruttoinlandsprodukt	0,4	0,5	-0,2	0,3	0,7	0,5	0,2	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4

1 Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten.

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW Wintergrundlinien 2018; Prognose ab dem vierten Quartal 2018.

© DIW Berlin 2018

Tabelle 3

Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in Deutschland

	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Reales Bruttoinlandsprodukt ¹ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent)	1,7	2,2	2,2	1,5	1,6	1,8
Erwerbstätige im Inland (1 000 Personen)	43 071	43 642	44 269	44 844	45 194	45 448
Erwerbslose, ILO	1 949	1 775	1 621	1 468	1 298	1 158
Arbeitslose, BA	2 795	2 691	2 533	2 341	2 170	2 049
Erwerbslosenquote, ILO ²	4,6	4,1	3,8	3,4	3,0	2,7
Arbeitslosenquote, BA ²	6,4	6,1	5,7	5,2	4,8	4,5
Verbraucherpreise ³	0,3	0,5	1,8	1,9	2,0	2,0
Lohnstückkosten ⁴	1,8	1,2	1,5	2,5	2,6	1,8
Finanzierungssaldo des Staates ⁵						
in Mrd. Euro	23,9	28,7	34,0	56,1	45,9	38,4
in Prozent des BIP	0,8	0,9	1,0	1,7	1,3	1,1
Leistungsbilanzsaldo in Prozent des BIP	8,9	8,5	8,0	7,3	7,1	6,9

1 In Preisen des Vorjahres.

2 Bezogen auf die inländischen Erwerbspersonen insgesamt (ILO) bzw. zivilen Erwerbspersonen (BA).

3 Verbraucherpreisindex.

4 Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in Preisen des Vorjahres je Erwerbstätigenstunde.

5 In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG).

Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen; DIW Wintergrundlinien 2018; Prognose ab dem Jahr 2018.

© DIW Berlin 2018

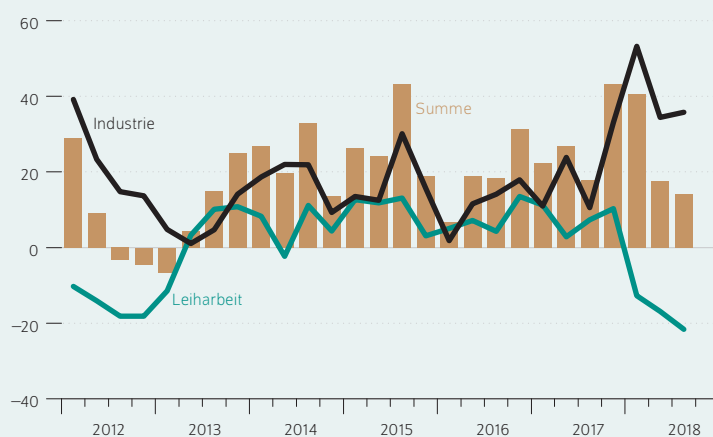
konjunktureller Spitzen genutzt wird, deutet dies – da in einer Flaute zuvorderst die Leiharbeit reduziert wird – auf eine Abschwächung beim Beschäftigungsaufbau hin. Aber auch hier gilt: Ein Vorbote einer Rezession ist dies nicht unbedingt. Vielmehr scheinen die Unternehmen zunehmend bestrebt, ihre Stammbesetzung auszuweiten. Anders als etwa im Winter 2012/13, als Deutschland tatsächlich in eine milde Rezession abglitt, hat die Industrie nämlich ihre Beschäftigung seit dem Jahreswechsel 2017/18 beschleunigt aufgebaut (Abbildung 2). Für einen anhaltenden, wenngleich leicht nachlassenden Beschäftigungsaufbau sprechen auch die zuversichtlichen Beschäftigungserwartungen der Unternehmen.² Die Arbeitslosenquote liegt im Durchschnitt dieses Jahres leicht über fünf Prozent und wird bis 2020 noch deutlich sinken (Tabelle 3).

Im Zuge der günstigen Arbeitsmarktlage profitieren die ArbeitnehmerInnen weiter von spürbaren Lohnsteigerungen. Schon deswegen bleibt der Konsum ein Pfeiler des Wachstums. Hinzu kommt, dass zum Jahresauftakt 2019 die von der Bundesregierung beschlossenen Entlastungen bei den Sozialversicherungsbeiträgen in Kraft treten. Diese münden in einem spürbaren Einkommensschub bei den privaten Haushalten, den diese zu einem guten Teil ausgeben dürften – sowohl für heimische als auch für ausländische Waren und Dienstleistungen.

Bei alldem bleiben die Unternehmensinvestitionen zwar aufwärtsgerichtet; angesichts der enormen geopolitischen Risiken, etwa mit Blick auf zukünftige Handelsbeziehungen, können sie sich aber nur wenig von ihrem niedrigen

Abbildung 2

Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in Deutschland Saisonbereinigte Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Tausend



Quelle: Bundesagentur für Arbeit; DIW Wintergrundlinien 2018.

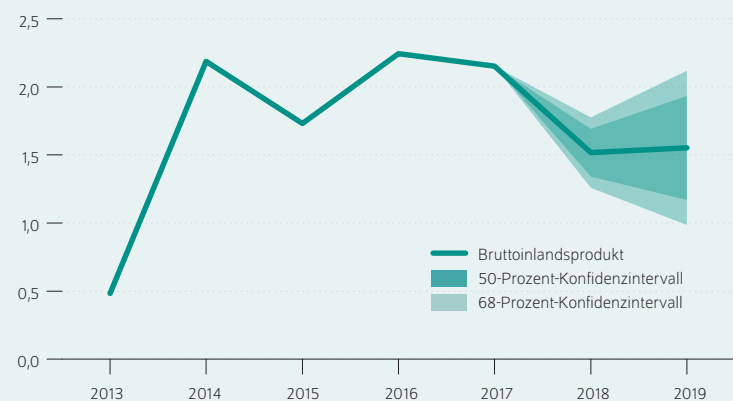
© DIW Berlin 2018

Die Beschäftigung steigt – anders als vor sechs Jahren – in Industrie und Arbeitnehmerüberlassung zusammengefasst an.

² Der vom ifo Institut erhobene Erwartungsindex für die Beschäftigung im verarbeitenden Gewerbe liegt aktuell nur wenig unter seinem historischen Höchststand, wenngleich er im Trend leicht abwärts deutet.

Abbildung 3

Prognoseunsicherheit für die Vorausschätzung des realen Bruttoinlandsprodukts In Prozent



Quelle: DIW Wintergrundlinien 2018.

© DIW Berlin 2018

Die Prognoseunsicherheit für das Jahr 2019 umfasst den Bereich von 1,0 bis 2,1 Prozent BIP-Wachstum.

Niveau lösen. Nur die Wohnungsbauinvestitionen der privaten Haushalte setzen ihren Aufwärtstrend kaum gebremst fort.

Alles in allem wächst die deutsche Wirtschaft in diesem Jahr – trotz des Rücksetzers im dritten Quartal – mit 1,5 Prozent³ (Abbildung 3) noch nahezu so stark, wie es dem langfristigen, angebotsseitig vorgegebenen Trend entspricht, und lastet die gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten nach wie vor gut aus (Abbildung 4). In der Herbstprognose waren die drastischen Produktionskürzungen in der Automobilindustrie nicht in diesem Umfang eingestellt; die Prognose lag deswegen drei Zehntel höher. Trotz der ölpreisbedingt vorübergehend höheren Teuerung liegt die Inflation im Jahresdurchschnitt bei 1,9 Prozent.

Im Jahr 2019 kurbeln die finanzpolitischen Impulse die Konjunktur an. Die grundsätzliche Tendenz zu einer Normalisierung des Wachstumstempos wird dadurch überlagert, die leichte Überauslastung schmilzt deswegen – bei einem Wachstum von 1,6 Prozent – kaum ab. Auch die Nachholeffekte in der Automobilindustrie werden das Wachstum wohl anschieben. Da aber annahmegemäß nur ein Teil der Produktionsausfälle ausgeglichen wird und die Entwicklung insgesamt eine geringfügig schwächere Dynamik aufweist als noch im Herbst erwartet worden war, wird die Prognose für 2019 um ein Zehntel gesenkt. Angesichts der anhaltend hohen Auslastung zieht die Teuerung im Verlauf etwas an und erreicht im Jahresdurchschnitt zwei Prozent.

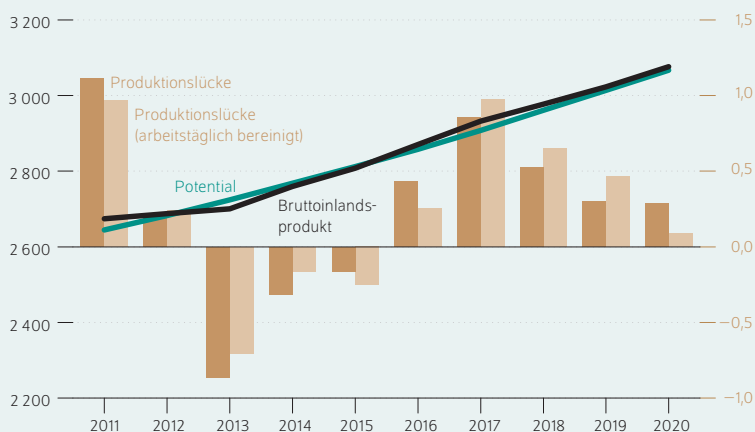
Im Jahr 2020 wächst die deutsche Wirtschaft um 1,8 Prozent, was aber maßgeblich an einer höheren Zahl an Arbeitstagen liegt. Ohne die (dreieinhalb) zusätzlichen Tage fiel das Plus mit 1,4 Prozent niedriger aus als in den Vorjahren; die Impulse aus dem Ausland lassen weiter leicht nach, der Beschäftigungsaufbau verliert etwas Tempo, die finanzpolitischen Impulse laufen aus und die Geldpolitik ist weniger expansiv ausgerichtet. Die Überauslastung baut sich angesichts dieser Abschwächung zwar etwas ab, die Inflation verharrt aber bei zwei Prozent.

Die Finanzpolitik ist vor allem im kommenden Jahr expansiv ausgerichtet, dennoch erzielt die öffentliche Hand weiter hohe Überschüsse; diese sinken von 56 Milliarden Euro in diesem Jahr auf 38 Milliarden Euro im Jahr 2020.

Die vorliegende Konjunkturprognose ist mit hoher Unsicherheit behaftet. Ausmaß und zeitliche Einordnung möglicher Nachholeffekte in der Automobilindustrie sind auf Grundlage vorliegender Daten kaum quantifizierbar und basieren daher auf Annahmen; blieben die Nachholeffekte aus, würde vor allem die Wachstumsrate im kommenden Jahr geringer ausfallen. Mögliche Auswirkungen im Zusammenhang mit der Dieselpolitik und damit verbundenen Fahrverboten sind nicht unterstellt, könnten die Konjunktur aber dämpfen. Außerdem wäre die offene deutsche Wirtschaft

Abbildung 4

Bruttoinlandsprodukt und Potential bzw. Produktionslücke In Milliarden Euro bzw. Prozent des Produktionspotentials



Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW Wintergrundlinien 2018.

© DIW Berlin 2018

Die in den vergangenen Jahren gute Kapazitätsauslastung baut sich allmählich ab.

³ Das 68-Prozent-Konfidenzintervall, das sich aus den Prognosefehlern der vergangenen fünf Jahre ergibt, liegt für dieses Jahr zwischen 1,3 und 1,8 Prozent und für das kommende Jahr zwischen 1,0 und 2,1 Prozent.

in besonderem Maße betroffen, falls die Handelsverflechtungen, etwa im Zuge der Konflikte zwischen den USA und China oder aufgrund des Brexit⁴, stärker als bislang eingeschränkt werden.

Inflation: Leichter Aufwärtstrend hält an

In diesem Jahr hatten kräftige Ölpreisanstiege die Teuerung befeuert: Zuletzt lag sie bei 2,5 Prozent. Mittlerweile haben die Ölpreise wieder merklich nachgegeben – annahmegemäß sinken sie im Prognosezeitraum weiter (Tabelle 4) – und so dürfte die Gesamtrate rasch wieder auf etwa zwei Prozent nachgeben.⁵ Die Kernrate, die Teuerung ohne den Einfluss von Energie- und Nahrungsmittelpreisen, dürfte dagegen zunehmend zur Inflation beitragen – in diesem Jahr liegt sie bei 1,5 Prozent und steigt in den kommenden beiden Jahren über 1,9 auf 2,1 Prozent im Jahr 2020 an. Angesichts ausgelasteter Kapazitäten nutzen die Unternehmen ihre Preissetzungsspielräume wohl stärker und geben neben den in diesem Jahr gestiegenen Rohstoffkosten insbesondere die spürbar zulegenden Arbeitskosten an die VerbraucherInnen weiter. Würden die Ölpreise nicht wie hier unterstellt im weiteren Verlauf entsprechend der Futures-Kurse sinken, sondern beispielsweise mit einer Jahresrate von zwei Prozent steigen, fiel die Inflation im kommenden wie auch im darauffolgenden Jahr mit 2,2 beziehungsweise 2,1 Prozent höher aus.

Arbeitsmarkt: Kurzfristige Aussichten ungetrübt

Der Beschäftigungsaufbau hat im dritten Quartal etwas an Tempo gewonnen. Dabei lag der Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung über dem Zuwachs der Erwerbstätigen insgesamt. Demgegenüber war der rückläufige Trend bei ausschließlich geringfügig beschäftigten Personen sowie bei der Zahl der Selbständigen ungebrochen.

Für das laufende Quartal deuten vorliegende Monatswerte auf einen Beschäftigungsaufbau von rund 120 000 Personen hin. Zu Jahresbeginn 2019 dürften sich dann die Nachfrageimpulse durch die expansive Finanzpolitik bemerkbar machen und den anhaltenden Beschäftigungsanstieg stützen, vor allem aber in einer temporären Ausweitung der Arbeitszeit münden. Ab Jahresmitte 2019 wird sich der Beschäftigungsaufbau wegen des gemächlicheren Tempos der Produktion wohl abschwächen (Abbildung 5).

Die Zahl der Arbeitslosen dürfte im Zuge des kräftigen Beschäftigungsaufbaus im Prognosezeitraum weiter zurückgehen. Darüber hinaus wird sich in den kommenden Jahren die Demografie bemerkbar machen: Einerseits werden geburtenstarke Jahrgänge das Rentenalter erreichen, andererseits hält der Trend zur akademischen Ausbildung und somit Verlängerung der Ausbildungszeit der nachwachsenden Generationen an. Die Zahl der Arbeitslosen beläuft sich

Tabelle 4

Annahmen dieser Prognose

		2018	2019	2020
EZB-Leitzins		0,0	0,1	0,1
Geldmarktzins	EURIBOR-Dreimonatsgeld in Prozent	-0,3	-0,3	-0,2
Kapitalmarktzins	Rendite für Staatsanleihen im Euroraum mit 10-jähriger Restlaufzeit	1,1	1,3	1,4
Kapitalmarktzins	Rendite für Staatsanleihen in Deutschland mit 10-jähriger Restlaufzeit	0,5	0,5	0,8
Wechselkurs	US-Dollar/Euro	1,18	1,14	1,14
Tarifliche Monatslöhne	Änderung gegenüber Vorjahr in Prozent, einschließlich Sonderzahlungen	2,8	2,7	2,4
Erdölpreis	US-Dollar/Barrel	72,1	63,7	63,8
Erdölpreis	Euro/Barrel	61,1	55,9	56,0

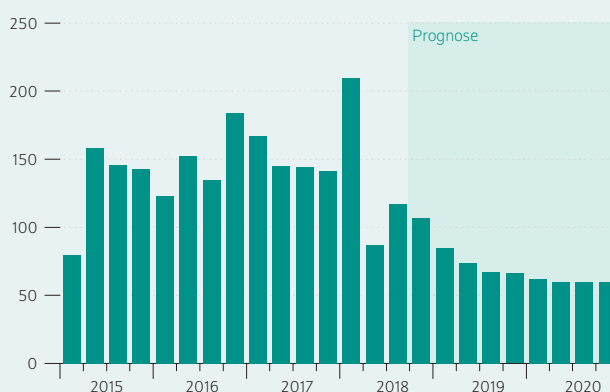
Quelle: DIW Wintergrundlinien 2018.

© DIW Berlin 2018

Abbildung 5

Erwerbstätige

Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Tausend Personen



Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW Wintergrundlinien 2018.

© DIW Berlin 2018

Der Beschäftigungsaufbau verliert an Schwung.

in diesem Jahr auf 2,3 Millionen, im kommenden Jahr auf 2,2 Millionen und im Jahr 2020 auf 2,1 Millionen Personen. Dies entspricht einer Arbeitslosenquote von 5,2 Prozent im laufenden Jahr, 4,8 Prozent im kommenden Jahr und 4,5 Prozent im Jahr 2020.⁶

Die Löhne sind im vergangenen Quartal kräftig gestiegen: Die Bruttostundenlöhne legten im Vorjahresvergleich um 3,0 Prozent zu, die Löhne je Erwerbstätigem um 3,4 Prozent. Bei der tariflichen Entlohnung waren insbesondere flexible Gehaltszahlungen spürbar: Die tariflichen Stundenlöhne legten um 2,5 Prozent zu – einschließlich Sonderzahlungen um 3,7 Prozent, was die günstige konjunkturelle Lage während der vergangenen Tarifverhandlungen widerspiegelt.

⁴ Vgl. den Kasten zum Brexit in Michelsen et al. (2018), a. a. O., 1073.

⁵ Das 68-Prozent-Konfidenzintervall, das sich aus den Prognosefehlern der vergangenen fünf Jahre ergibt, liegt für dieses Jahr zwischen 1,9 und 2,0 Prozent und für das kommende Jahr zwischen 1,5 und 2,5 Prozent.

⁶ Das 68-Prozent-Konfidenzintervall, das sich aus den Prognosefehlern der vergangenen fünf Jahre ergibt, fällt für dieses Jahr rundungsbedingt mit der Prognose zusammen; für das kommende Jahr liegt es zwischen 4,5 und 5,1 Prozent.

Tabelle 5

Lohnentwicklung in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2016	2017	2018	2019	2020
Verdienst					
je ArbeitnehmerIn	2,4	2,5	3,2	3,4	3,1
je Stunde	2,8	2,4	2,7	2,9	2,6
Lohndrift					
Monat	0,4	-0,3	0,6	1,0	0,7
Stunde	0,7	-0,4	0,1	0,4	0,2
Tariflohn (ohne Sonderzahlungen)					
je Monat/Stunde	2,1	2,9	2,6	2,5	2,4
durchschnittliche Arbeitszeit	-0,9	1,0	0,5	0,5	-1,1

Quelle: Statistisches Bundesamt; DIW Wintergrundlinien 2018.

© DIW Berlin 2018

Im kommenden Jahr wird sich der Lohnauftrieb wohl etwas verstärken. Die tariflichen Stundenlohnhebungen (ohne Sonderzahlungen) dürften mit rund 2,5 Prozent auf einem ähnlichen Niveau verbleiben wie im laufenden Jahr (Tabelle 5). Dies zeigen Tarifvereinbarungen an, die zum überwiegenden Teil bereits vorliegen und im kommenden Jahr wirksam werden.⁷ Da sich ArbeitnehmerInnen bei zunehmenden Knappheiten auf dem Arbeitsmarkt in einer guten Verhandlungsposition befinden, dürfte sich die Lohndrift etwas verstärken. Entsprechend legen die Effektivlöhne pro Stunde etwas kräftiger zu als im Jahr 2018 – um zwei Zehntel-Prozentpunkte auf etwa 2,9 Prozent. Bei den Bruttomonatslöhnen dürfte sich darüber hinaus die Arbeitszeitausweitung zu Jahresbeginn bemerkbar machen und die Löhne je Erwerbstätigen steigen spürbar um 3,4 Prozent an.

Im Jahr 2020 dürfte der Zuwachs bei den Stundenlöhnen mit rund 2,6 Prozent geringer ausfallen, wie auch die tarifliche Vergütung mit rund 2,4 Prozent (ohne Sonderzahlungen). Zwar werden sich bei der Lohnentwicklung die Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns um voraussichtlich vier Prozent bemerkbar machen. Dem steht jedoch entgegen, dass die Rückkehr zur Parität bei den Beitragszahlungen zur gesetzlichen Krankenversicherung die Bruttolohnzuwächse wohl etwas dämpfen wird. Nicht zuletzt schlägt zu Buche, dass im Jahr 2020 kalenderbedingt relativ viele Arbeitstage anfallen und die meisten Beschäftigten Arbeitsverträge haben, die fixe Monatsgehälter vorsehen, was rechnerisch die Stundenlohnentwicklung dämpft; je ArbeitnehmerIn fallen die Lohnzuwächse mit 3,1 Prozent zwar höher aus, verlieren aber an Tempo, auch weil die Arbeitszeit je Erwerbstätigem im Vergleich zu 2019 sinkt.

⁷ Für die Jahre 2019 und 2020 liegen bereits für rund 70 beziehungsweise 30 Prozent der Beschäftigten (in tarifgebundenen Unternehmen) gültige Tarifvereinbarungen vor. Auslaufende Tarifverträge werden im Normalfall nicht nahtlos verlängert. Deswegen liegt der Anteil der ArbeitnehmerInnen mit gültigen Tarifverträgen durchschnittlich bei 83 Prozent.

Privater Verbrauch: Vorübergehend stärker

Der private Verbrauch hatte mit einem unerwarteten Rücksetzer zur gesamtwirtschaftlichen Schrumpfung im dritten Quartal beigetragen. Dabei standen die Vorzeichen für den Konsum weiterhin günstig: Der Arbeitsmarkt entwickelte sich gut und die Löhne stiegen kräftig. Und auch dieses Jahr dürfte die Lohnsumme das Vorjahresergebnis um üppige 4,8 Prozent übertreffen und trotz eines Tempoverlusts selbst im Jahr 2020 noch um knapp vier Prozent zulegen.

So dürfte die jüngste Schwäche beim Konsum auch maßgeblich auf die Probleme in der Automobilbranche zurückgehen: Mangels Zulassung mussten viele VerbraucherInnen im Sommer ihre Kfz-Käufe zurückstellen – die Umsätze im Kfz-Handel brachen im September deutlich ein.⁸ Gleichzeitig legten die Haushalte auffällig hohe Geldbeträge zur Seite. Vorübergehend hat aber auch die ölpreisbedingt höhere Teuerung die Kaufkraft der VerbraucherInnen belastet; infolgedessen gaben auch die Umsätze im übrigen Einzelhandel nach. Nach und nach bekommen viele Fahrzeugmodelle, allen voran wohl die absatzstärksten, die Zertifizierung nach dem neuen Testverfahren. Denkbar ist, dass einige Kunden zwischenzeitlich auf andere Hersteller ausgewichen sind. Zu erwarten ist aber, dass viele Käufe nun nachgeholt werden. Dies wird den Konsum spürbar ankurbeln (Kasten), auch wenn der Preisauftrieb zumindest im Schlussquartal noch überdurchschnittlich ausfällt.

Hinzu kommen ab dem Jahreswechsel zusätzliche Einkommen für ArbeitnehmerInnen, deren Sozialabgaben im Zuge der wieder paritätisch finanzierten Krankenversicherungsbeiträge gedämpft werden. Vor allem deshalb steigen die Löhne netto betrachtet im kommenden Jahr stärker als brutto. Zudem werden 2019 und 2020 Grund- und Kinderfreibeträge angehoben, die Tarifeckwerte verschoben und die Gleitzone der Sozialversicherungsbeiträge ausgeweitet. Und auch die monetären Sozialleistungen steigen kräftig: Im kommenden Jahr trägt die Erweiterung der Mütterrente und die Erhöhung des Kindergeldes dazu bei und im Jahr 2020 die Umsetzung der Grundrente. Alles in allem dürfte der private Konsum um gut ein Prozent in diesem Jahr und rund anderthalb Prozent in den beiden kommenden Jahren zulegen.

**Ausrüstungsinvestitionen:
Investitionsbereitschaft gebremst**

Nach einem schwachen zweiten Quartal haben die Unternehmen im dritten Quartal wieder etwas mehr in Maschinen, Anlagen und Fahrzeuge investiert, konnten aber nicht an die hohen Wachstumsraten vom Jahresbeginn 2018 anknüpfen. Der Staat hat seine Investitionstätigkeit nicht ausgeweitet. Ein Grund für die gedämpfte Investitionstätigkeit der Unternehmen war wohl auch, dass weniger Kfz produziert und

⁸ Seit September 2018 dürfen innerhalb der Europäischen Union nur noch Fahrzeuge verkauft werden, die nach dem WLTP-Standard auf ihren Verbrauch und ihre Emissionen getestet wurden. Dies muss für jedes Modell und jede Modellvariante separat durchgeführt werden. Für die Fahrzeuge deutscher Hersteller, die in vergleichsweise vielen Versionen erhältlich sind, bedeutet dies einen erheblichen Testaufwand. Diesem wurden die Automobilhersteller hierzulande nicht Herr.

ausgeliefert worden sind. Dies hat mutmaßlich zu geringerer Nachfrage nach Vorleistungen, aber auch zu geringeren Investitionen in den gewerblichen Fuhrpark geführt. Für das Winterhalbjahr ist hier mit Nachholeffekten zu rechnen, sodass die Ausrüstungsinvestitionen trotz des derzeit weniger günstigen Ausblicks ausgeweitet werden dürften. Nach wie vor vorteilhaft ist auch die Auftragslage im verarbeitenden Gewerbe – entsprechend ist auch die Kapazitätsauslastung dort weiterhin hoch. Im weiteren Verlauf lassen eine Entschleunigung der Weltkonjunktur sowie leicht verschlechterte Finanzierungsbedingungen aufgrund der weniger expansiven Geldpolitik einen Tempoverlust bei den Ausrüstungsinvestitionen erwarten. Belasten dürfte auch weiterhin das unsichere weltwirtschaftliche Umfeld.

Bauinvestitionen: Stimmungshoch am Baggerloch

Die Bauinvestitionen entwickelten sich im dritten Quartal des Jahres 2018 weiter kräftig. Vor allem der Wohnungsbau knüpft an die starken Zuwachsraten vom Vorquartal an. Der Wirtschaftsbau dämpfte hingegen leicht. Für das vierte Quartal ist mit einer weiterhin deutlichen Ausweitung zu rechnen, da die Auftragsbücher in allen Bausparten prall gefüllt sind und die Auftragsreichweite einen neuerlichen Rekordwert im wiedervereinigten Deutschland erreicht hat. Die Zuwächse der Bauinvestitionen dürften jedoch in den kommenden beiden Jahren leicht nachlassen. Darauf deuten zunächst etwas trübere Geschäftserwartungen hin, nur geringe Impulse bei den neu genehmigten Wohnungsbauten, die tendenziell restriktivere Geldpolitik, aber auch Beschränkungen bei den Produktionskapazitäten: Die Unternehmen haben zunehmend Schwierigkeiten, qualifizierte Beschäftigte zu finden. Stützen dürfte hingegen weiterhin die sehr günstige Finanzlage der öffentlichen Hand, die voraussichtlich auch in eine höhere Bautätigkeit mündet.

Auch wegen der weiter gestiegenen Kapazitätsauslastung hat sich der Auftrieb der Baupreise in den Sommermonaten nochmals beschleunigt und wird in diesem Jahr voraussichtlich bei 4,8 Prozent liegen. Dies bremst die reale Nachfrage nach Bauleistungen. Die Preise für gewerbliche Bauten dürften dieses Jahr um 5,1 und die Preise für Bauten der öffentlichen Hand um 5,6 Prozent steigen. Grund hierfür sind die steigenden Rohstoffpreise sowie ein höheres Lohnniveau.

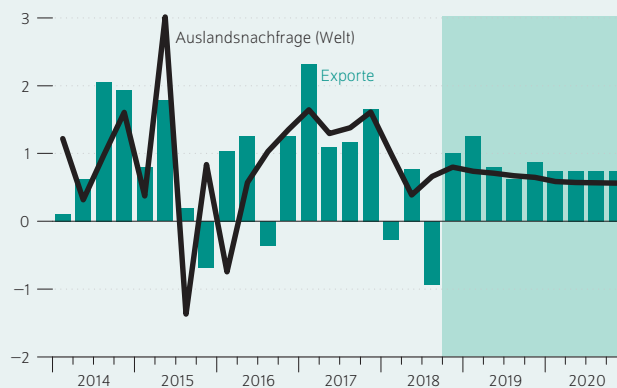
Außenhandel: Erholung in Sicht

Die Importe nahmen im dritten Quartal mit einem Plus von insgesamt 1,3 Prozent im Vergleich zum Vorquartal zu. Der stärkste Zuwachs stammt hier aus den USA. Die Einfuhren aus dem Euroraum und den weiteren EU-Ländern schwächten sich hingegen ab. Die deutschen Exporteure sahen sich mit einem deutlichen Einbruch ihrer Ausfuhren konfrontiert (Abbildung 6). Zwar stiegen die Exporte der Dienstleistungen, gleichzeitig fielen aber die stärker gewichteten Warenexporte. Letztere Entwicklung dürfte im Wesentlichen der Automobilindustrie zuzuschreiben sein. Im Zuge der neuen Abgastests kam es zu erheblichen Verzögerungen im Export bereits fertig gestellter Pkw und Lkw.

Abbildung 6

Exporte und Auslandsnachfrage

Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent



Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW Wintergrundlinien 2018.

© DIW Berlin 2018

Die Ausfuhren sind im dritten Quartal dieses Jahres eingebrochen, für den Prognosezeitraum ist aber wieder mit Zuwächsen zu rechnen.

Im vierten Quartal dürften sich der Exportstau langsam lösen und die Ausfuhren – angetrieben durch die Nachholeffekte im Automobilsektor – wieder zulegen. Die Auslandsnachfrage, die mit deutschen Exportanteilen gewichtete Importnachfrage der wichtigsten Handelspartner, hat sich bereits vom schwachen Jahresauftakt erholt und wird den Export weiterhin tragen. Sie entwickelt sich zwar im Vergleich zum relativ starken Jahr 2017 weniger dynamisch, verliert aber im Prognosezeitraum nur noch geringfügig an Schwung. Hinzu kommt, dass eine sich verbessernde preisliche Wettbewerbsfähigkeit die Ausfuhren zusätzlich anregt.

Auch die Importe stehen im vierten Quartal ganz im Zeichen der Auswirkungen der neuen Abgastests. Die Verzögerungen in der Weiterverarbeitung aus dem dritten Quartal dürften nun nachgeholt werden; teilweise wird dabei auch auf zuvor bereits importierte Zwischengüter zurückgegriffen. Für die Zuwachsrate der Importe bedeutet dies zunächst einen empfindlichen Dämpfer. Zum Jahresbeginn 2019 hingegen werden die Effekte des Koalitionsvertrags wirksam und sich im Zuge stärkeren Konsums auch positiv auf die Importe auswirken. Die prognostizierte Ausweitung der Exporte wird ebenfalls durch die benötigten Zwischengüter die Einfuhren anschieben. Die Zuwachsraten der Importe werden leicht über denen der Exporte liegen und in der Summe den Außenbeitrag senken. Der Überschuss der Leistungsbilanz baut sich leicht ab; nach 7,3 Prozent in diesem Jahr dürfte er bis zum Jahr 2020 knapp unter sieben Prozent sinken.

Die seit Jahresbeginn gestiegenen Ölpreise haben bis in das dritte Quartal hinein für stark steigende Importpreise gesorgt. Zusammen mit moderaten Preiszuwächsen bei den Exporten hat diese Entwicklung die seit Jahresbeginn anhaltende Verschlechterung der Terms of Trade fortgesetzt.

Kasten

Prognosemodelle

Um eine modellbasierte Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung am aktuellen Rand für jede Verwendungskomponente des Bruttoinlandsprodukts zu erstellen, sollte möglichst vielen relevanten Einflussfaktoren Rechnung getragen werden. Aus diesem Grund übersteigt in der Praxis die Zahl der vorliegenden Indikatorvariablen für die jeweilige Verwendungskomponente bei weitem die Anzahl der Variablen, die aus statistischen Gründen in traditionelle Eingleichungsmodelle aufgenommen werden können. Die Prognosen des DIW Berlin beruhen deshalb auf den Vorhersagen aus zwei Modellklassen, die durch die Möglichkeit zur Aufnahme einer hohen Anzahl erklärender Variablen charakterisiert sind. Einerseits kommen Faktormodelle zur Prognose der Verwendungskomponenten des Bruttoinlandsprodukts zur Anwendung. Andererseits werden die Verwendungskomponenten mit sogenannten Model-Averaging-Ansätzen prognostiziert.¹

Für das **Bruttoinlandsprodukt** zeichnet sich für das laufende Vierteljahr ein Quartalszuwachs von 0,3 Prozent ab (Abbildung). Einer sich insgesamt etwas abschwächenden Dynamik stehen erste Nachholeffekte in der Automobilindustrie zum Jahreswechsel gegenüber: Aufgrund von Problemen beim neuen Zulassungsverfahren WLTP ist die Produktion von Kraftwagen und deren Vorprodukten im dritten Quartal um 7,4 Prozent gefallen. Wird unterstellt, dass die Produktion ansonsten allenfalls stagniert hätte, ergibt sich ein Ausfall von mindestens 7,5 Milliarden Euro. Wird dieser zu einem großen Teil in den kommenden Monaten nachgeholt, fallen deswegen selbst die gesamtwirtschaftlichen Zuwächse spürbar kräftiger aus, als aufgrund der sich abschwächenden, zugrundeliegenden Dynamik zu erwarten wäre. Zuletzt gab es erste Anzeichen für eine zumindest leichte Belebung in der Automobilbranche: Die Zahl der Neuzulassungen ist (saisonbereinigt) leicht gestiegen, wie auch die vom Verband der Automobilindustrie berichtete Zahl an neu produzierten Pkw. Die Pkw-Produktion indes konnte das Niveau nach der Belebung im September im Oktober nicht ganz halten. Offenbar werden zunächst die Lagerbestände abgebaut, bis die Produktion weiter schrittweise hochgefahren wird; dafür sprechen die zuletzt deutlich gestiegenen Umsätze und die wieder gestiegenen Ausfuhren bei weiterhin hohen Auftragsbeständen. Auch die Umsatzsteuereinnahmen sind (saisonbereinigt) im Oktober höher ausgefallen, nachdem sie im September – zeitgleich mit den eingebrochenen Umsätzen im Pkw-Einzelhandel – deutlich gesunken waren (siehe Abbildung 7, Teil 11).

Entsprechend dürfte auch der **Konsum der privaten Haushalte** durch nachgeholte Pkw-Käufe angeschoben werden und um insgesamt 0,3 Prozent zulegen. Dämpfen dürfte dabei, dass der Preisauftrieb im Schlussquartal voraussichtlich noch einmal hoch ausfallen wird: Die gesunkenen Ölpreise werden sich erst verzögert in niedrigeren Spritpreisen niederschlagen, da wohl der Brand der Raffinerie in Ingolstadt und der infolge der Dürre niedrige Rhein-

pegel zu Engpässen bei der Distribution von Kraftstoffen geführt haben.

Die **Exporte**, im dritten Quartal nicht zuletzt wegen der Effekte im Automobilsektor deutlich rückläufig, dürften im Winter ähnlich von Nachholeffekten geprägt sein. Die Exporterwartungen, auch unter Herstellern von Kraftwagen und -teilen, haben sich leicht aufgehellt. Der Bestand ausländischer Bestellungen ist im September deutlich gestiegen, insbesondere in der Automobilbranche, was ebenfalls für Nachholeffekte spricht. Zum Auftakt des Schlussquartals sind die realen Exporte nach vier vorangegangenen Rückgängen wieder deutlich ausgeweitet worden.

Die **Importe** dürften im vierten Quartal kaum zulegen. Trotz rückläufiger Exporte im dritten Quartal wurden noch Vorleistungsgüter in erheblichen Umfang eingeführt. Der zeitgleiche Anstieg der Lagerhaltung spricht dafür, dass zunächst auf Vorräte zurückgegriffen werden dürfte, was die Importe im Schlussquartal wohl dämpfen wird. Der zuletzt kräftige Anstieg der nominalen Einfuhren war maßgeblich auf die deutlich höheren Ölpreise zurückzuführen; in realer Abgrenzung sind die Importe im Oktober nur wenig gestiegen und liegen noch gut ein halbes Prozent unter dem Durchschnitt des Vorquartals.

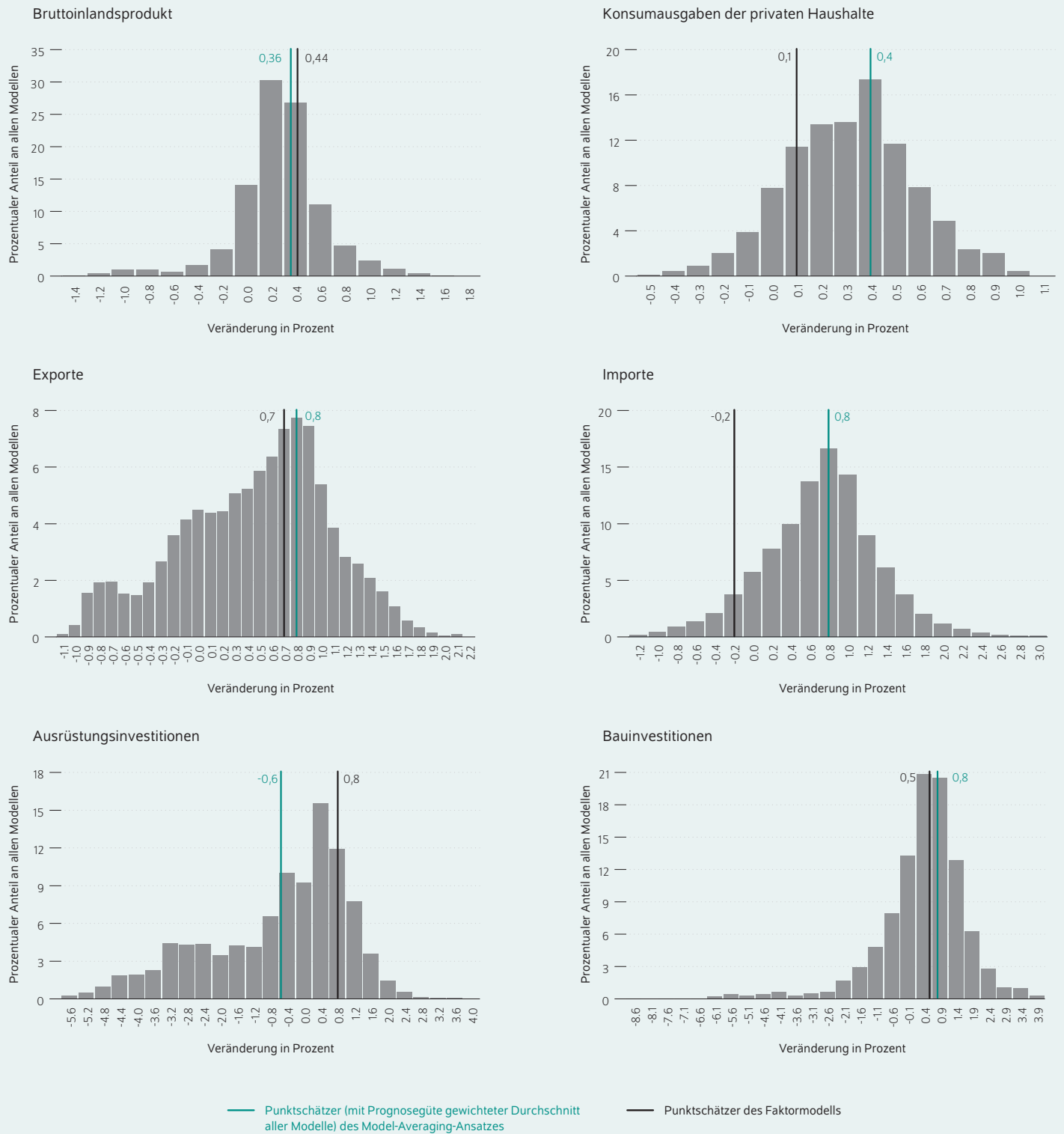
Für die **Ausrüstungsinvestitionen** geben die Indikatoren unterschiedliche Richtungen vor. Zuletzt zeigten die Auftragseingänge und die Umsätze im Inland deutlich nach oben. Dies gilt noch ausgeprägter für die Umsätze von Maschinen und elektronischen Datenverarbeitungserzeugnissen. Aber auch der Kfz-Absatz hat sich nach dem schweren Einbruch in den Sommermonaten wieder erholt. Auch Kredite wurden von den Unternehmen wieder verstärkt nachgefragt. Gleichzeitig sank aber die Auslastung der Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes ebenso wie deren Zuversicht über die Entwicklung in den kommenden Monaten. Ebenfalls deutet die Volatilität an den Aktienmärkten auf eine größere Verunsicherung der Anleger hin.

Die **Bauproduktion** gab zwar im Oktober leicht nach, liegt aber immer noch deutlich, um gut ein Prozent, höher als im Durchschnitt des dritten Quartals. Die Auftragsbestände sind hoch und zuletzt wurden wieder vermehrt Bauleistungen in Auftrag gegeben. Die gute Lage spiegelt sich auch in den Stimmungsindikatoren wider – noch nie haben mehr UnternehmerInnen von guten Geschäften berichtet als im Herbst dieses Jahres. Dies gilt für alle Bausparten.

¹ Für eine Erläuterung, vgl. Fichtner, F., Brenke, K., Junker, S., Michelsen, C., Schlaak, T. & van Deuverden, K. (2017). Deutsche Wirtschaft in Wohlfühlkonjunktur. DIW-Wochenbericht, 84(24), 475-485.

Abbildung

Histogramme der Model-Averaging-Ansätze und Punktschätzer



Quelle: DIW Wintergrundlinien 2018.

Tabelle 6

Ausgewählte finanzwirtschaftliche Indikatoren¹ 1991 bis 2020

In Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts

	Staatseinnahmen			Staatsausgaben			Finanzierungs- saldo	Nachrichtlich: Zinssteuerquote²
	insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:			
		Steuern	Sozialbeiträge		Zinsausgaben	Brutto- investitionen		
1991	43,2	22,0	16,3	46,4	2,6	3,1	-3,2	11,9
1992	44,6	22,4	16,7	47,2	3,1	3,3	-2,6	13,7
1993	44,9	22,3	17,2	48,0	3,1	3,1	-3,1	14,0
1994	45,4	22,4	17,7	47,9	3,2	2,9	-2,5	14,5
1995³	45,2	22,0	18,1	48,2	3,4	2,6	-3,0	15,6
1996	45,4	21,8	18,7	48,9	3,4	2,5	-3,5	15,6
1997	45,1	21,5	19,0	48,1	3,3	2,3	-2,9	15,5
1998	45,2	21,9	18,7	47,7	3,3	2,3	-2,5	15,1
1999	46,0	22,9	18,5	47,7	3,0	2,3	-1,7	13,3
2000⁴	45,6	23,2	18,1	47,1	3,1	2,3	-1,5	13,5
2001	43,8	21,4	17,8	46,9	3,0	2,3	-3,1	14,0
2002	43,3	21,0	17,8	47,3	2,9	2,2	-3,9	14,1
2003	43,6	21,1	18,0	47,8	2,9	2,1	-4,2	13,8
2004	42,6	20,6	17,6	46,3	2,8	1,9	-3,7	13,5
2005	42,8	20,8	17,4	46,2	2,7	1,9	-3,4	13,2
2006	43,0	21,6	16,9	44,7	2,7	2,0	-1,7	12,5
2007	43,0	22,4	16,1	42,8	2,7	1,9	0,2	11,9
2008	43,4	22,7	16,1	43,6	2,7	2,1	-0,2	11,8
2009	44,3	22,4	16,9	47,6	2,6	2,4	-3,2	11,8
2010	43,0	21,4	16,5	47,4	2,5	2,3	-4,4	11,6
2011	43,8	22,0	16,4	44,7	2,5	2,3	-1,0	11,4
2012	44,3	22,5	16,5	44,3	2,3	2,2	0,0	10,2
2013	44,5	22,9	16,5	44,7	2,0	2,1	-0,1	8,6
2014	44,6	22,8	16,4	44,1	1,6	2,0	0,6	7,0
2015	44,5	22,9	16,4	43,7	1,4	2,1	0,8	6,1
2016	44,8	23,2	16,6	43,9	1,2	2,2	0,9	5,1
2017	45,0	23,4	16,7	43,9	1,0	2,2	1,0	4,4
2018	45,4	23,6	16,8	43,7	0,9	2,4	1,7	3,9
2019	45,2	23,5	16,9	43,9	0,9	2,4	1,3	3,6
2020	44,9	23,3	16,9	43,9	0,8	2,5	1,1	3,4

1 In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

2 Zinsausgaben des Staates in Relation zum Steueraufkommen.

3 Ohne Vermögenstransfers im Zusammenhang mit der Übernahme der Schulden der Treuhandanstalt und der Wohnungswirtschaft der ehemaligen DDR (per saldo 119,6 Milliarden Euro).

4 Ohne Erlöse aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen (50,8 Milliarden Euro).

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW Wintergrundlinien 2018.

© DIW Berlin 2018

Auch die Prognose für das letzte Quartal 2018 folgt diesem Trend. Die zuletzt wieder gesunkenen Ölpreise setzen sich aufgrund des anhaltenden Niedrigwassers vieler wichtiger Flüsse in Deutschland und den damit verbundenen Lieferengpässen vorerst nicht durch. Erst mit Jahresbeginn dürfte sich die Situation entspannen. Sinkende Energiepreise im ersten Quartal 2019 werden die Terms of Trade bei steigenden Exportpreisen ins Positive drehen. Zwar werden im weiteren Verlauf auch die Importpreise wieder steigen, aber mit geringeren Zuwachsraten als die Exportpreise. So werden die Terms of Trade ab der zweiten Jahreshälfte 2019 in etwa neutral ausfallen.

Öffentliche Finanzen: Weiterer Rekord bei den Überschüssen

Im laufenden Jahr dürfte der Finanzierungssaldo des Gesamtstaates ein Rekordniveau von rund 56 Milliarden

Euro (1,7 Prozent in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt, Tabelle 6) erreichen. Dazu hat – neben den anhaltend hohen Einnahmen aus Steuern und Sozialbeiträgen – in der ersten Jahreshälfte beigetragen, dass sich die Ausgaben aufgrund von Sondereffekten und der verzögerten Regierungsbildung nur moderat erhöhten. Für die kommenden beiden Jahre ist jedoch ein langsamer Rückgang (auf rund 38 Milliarden Euro beziehungsweise 1,1 Prozent im Jahr 2020) zu erwarten. Bereinigt um konjunkturelle Effekte liegt der Finanzierungssaldo bei 1,3 Prozent im laufenden Jahr und bei jeweils 1,0 Prozent in den Jahren 2019 und 2020. Die Schuldenquote wird weiter sinken, von rund 60 Prozent (in Relation zum BIP) am Ende des laufenden Jahres auf rund 54 Prozent Ende 2020.

Der Anstieg der staatlichen Einnahmen wurde im laufenden Jahr durch die Verschiebung der Tarifeckwerte und reduzierte Beitragssätze zur Sozialversicherung bei den Einkommen

Tabelle 7

Finanzpolitische Maßnahmen¹

Haushaltsentlastungen (+) und Haushaltsbelastungen (–) in Milliarden Euro gegenüber 2017

	2018	2019	2020
Einnahmen der Gebietskörperschaften			
Alterseinkünftegesetz	–1,3	–2,7	–4,1
Erhöhung von Kindergeld, Grund- und Kinderfreibetrag 2017 und 2018, Verschiebung der Tarifeckwerte	–3,6	–4,0	–4,1
Altkapitalerstattungen 2008 und 2009	2,4	2,5	2,5
Erhöhung des Grundfreibetrags		–1,0	–2,9
Erhöhung der Kinderfreibeträge 2019 und 2020			–0,3
Tarifverschiebung 2019 und 2020		–2,0	–4,2
Steuerliche Förderung von F&E-Ausgaben		–0,6	–1,1
Lkw-Maut (Ausweitung auf alle Bundesstraßen und Anhebung der Mauttarife zum 1. Januar 2019)	0,8	2,6	2,7
Einnahmen der Sozialversicherungen			
Senkung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Rentenversicherung zum 1. Januar 2018 um 0,1 Prozentpunkt auf 18,6 Prozent	–1,3	–1,4	–1,4
Erhöhung des Beitragssatzes zur sozialen Pflegeversicherung um 0,5 Prozentpunkte zum 1. Januar 2019		5,9	6,1
Senkung des durchschnittlichen Zusatzbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung zum 1. Januar 2018	–0,8	–0,9	–1,0
Senkung der Insolvenzgeldumlage zum 1. Januar 2018 um 0,03 Prozentpunkte	–0,3	–0,3	–0,3
Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung um 0,5 Prozentpunkte im Jahr 2019		6,3	6,6
Ausweitung der Gleitzone bei Midijobs zum 1. Januar 2019		–0,5	–0,5
Änderung der Bemessungsgrundlage von Selbstständigen in der gesetzlichen Krankenversicherung		–0,8	–0,8
Ausgaben der Gebietskörperschaften			
Parität beim Zusatzbeitrag zur GKV: Beschäftigte im Öffentlichen Dienst		–0,9	–0,9
Ausbau der Kinderbetreuung		–0,5	–1,0
Baukindergeld	–0,2	–0,5	–0,9
Kinderzuschlag		–0,2	–0,4
Erhöhung des Kindergeldes um 10 Euro/Monat ab dem 1. Juli 2019		–0,9	–1,7
Aufstockung des BAföG		–0,2	–0,5
Aufstiegsfortbildung in der beruflichen Bildung	–0,1	–0,2	–0,2
Zusätzliche Mittel für die Eingliederung Langzeitarbeitsloser in den Arbeitsmarkt	–0,3	–0,9	–1,0
Familiengeld in Bayern	–0,2	–0,7	–0,7
Verteidigung	–0,5	–3,5	–4,5
Mehrausgaben für Entwicklungshilfe	–0,2	–0,8	–1,4
Mehrpersonal innere Sicherheit		–0,3	–0,6
Zusätzliche investive Ausgaben	–1,0	–2,5	–5,0
Ausgaben der Sozialversicherungen			
Maßnahmen in der gesetzlichen Krankenversicherung	–0,6	–1,3	–1,4
Mütterrente II		–3,8	–3,9
Pflegepersonalstärkungsgesetz		–1,4	–1,7
Grundrente			–1,2
Insgesamt	–7,2	–15,5	–29,8
In Relation zum Bruttoinlandsprodukt in Prozent	–0,2	–0,4	–0,8

¹ Ohne makroökonomische Rückwirkungen, ohne Maßnahmen im Zusammenhang mit der Banken- und EU-Schuldenkrise.

Quelle: Bundesregierung; DIW Wintergrundlinien 2018.

© DIW Berlin 2018

der abhängig Beschäftigten nur leicht gebremst. Infolge einer kräftigen Lohnentwicklung sind die Einnahmen aus Steuern und Beiträgen zudem spürbar gestiegen. In den beiden kommenden Jahren dämpfen dagegen die Anhebung der Grund- und Kinderfreibeträge sowie eine Verschiebung der Tarifeckwerte. Die Sozialbeiträge werden hingegen von verschiedenen – sich teilweise kompensierenden – Effekten beeinflusst: Im kommenden Jahr steht der Beitragssatzsenkung in der Arbeitslosenversicherung ein entsprechender Anstieg in der Pflegeversicherung gegenüber. Hier wird zudem unterstellt, dass die Gleitzone der Sozialversicherungsbeiträge ausgeweitet wird: Sie endet ab dem Jahr 2019 bei 1 300 Euro statt bisher 850 Euro; so werden GeringverdienerInnen, die bisher im sogenannten Bereich der Midijobs verdienen, stärker entlastet. Gleichzeitig reduziert sich

der Mindestbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung für Selbstständige. Die staatlichen Vermögenseinkommen werden im laufenden Jahr aufgrund der erhöhten Abführung der Bundesbank deutlich zunehmen. Die vom Staat empfangenen Transfers fallen in diesem Jahr aufgrund einer einmaligen Strafzahlung der Volkswagen AG wegen des Dieselskandals und einer einmaligen Schlichtungszahlung von Toll Collect besonders hoch aus. Insgesamt steigen die staatlichen Einnahmen in Relation zum Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr, in den kommenden beiden Jahren nimmt diese Quote infolge der fiskalischen Maßnahmen aber ab.

Die Arbeitnehmerentgelte des Staates werden aufgrund von Tariflohnsteigerungen und eines Beschäftigungsaufbaus vergleichsweise deutlich expandieren, die sozialen

Sachleistungen in der Summe dagegen nur moderat: Der Leistungsausweitung in der Pflegeversicherung stehen rückläufige Ausgaben aufgrund der abnehmenden Effekte der Fluchtmigration gegenüber. Die monetären Sozialleistungen werden im laufenden Jahr infolge der Rentenanpassungen zur Jahresmitte ebenfalls stärker zunehmen als im Vorjahr. Im kommenden Jahr kommt es zu Leistungsausweitungen wie der Erweiterung der Mütterrente und der Erhöhung des Kindergeldes. Außerdem wird davon ausgegangen, dass

die beschlossene Grundrente noch im Jahr 2020 umgesetzt wird. Die staatlichen Bruttoinvestitionen werden dynamisch zunehmen. So steigen die Preise im Bereich der staatlichen Bauinvestitionen und Sparanstrengungen treten aufgrund der günstigen Finanzlage der öffentlichen Haushalte weiter in den Hintergrund. Die staatliche Ausgabenquote wird insgesamt im laufenden Jahr geringer als im Vorjahr ausfallen, in den kommenden Jahren aber aufgrund der expansiven finanzpolitischen Maßnahmen wieder steigen (Tabelle 7).

Claus Michelsen ist Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | cmichelsen@diw.de

Christian Breuer ist Juniorprofessor für Europäische Wirtschaft an der Technischen Universität Chemnitz | christian.breuer@wirtschaft.tu-chemnitz.de

Martin Bruns ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | mbruns@diw.de

Max Hanisch ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Weltwirtschaft am DIW Berlin | mhanisch@diw.de

Simon Junker ist stellvertretender Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | sjunker@diw.de

Thore Schlaak ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | tschlaak@diw.de

JEL: E32, E66, F01

Keywords: Business cycle forecast, economic outlook

This report is also available in an English version as DIW Weekly Report 50–52/2018:

www.diw.de/diw_weekly

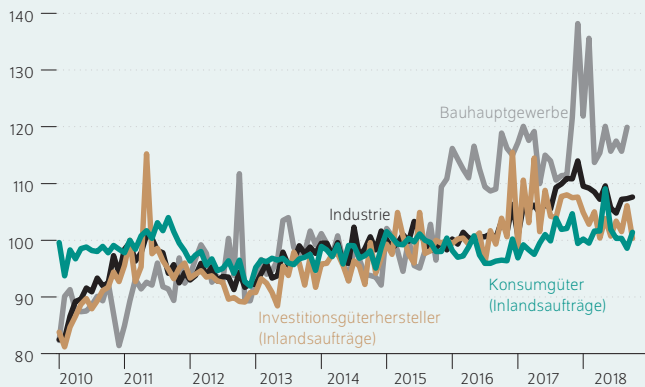


Abbildung 7

Konjunkturindikatoren für Deutschland

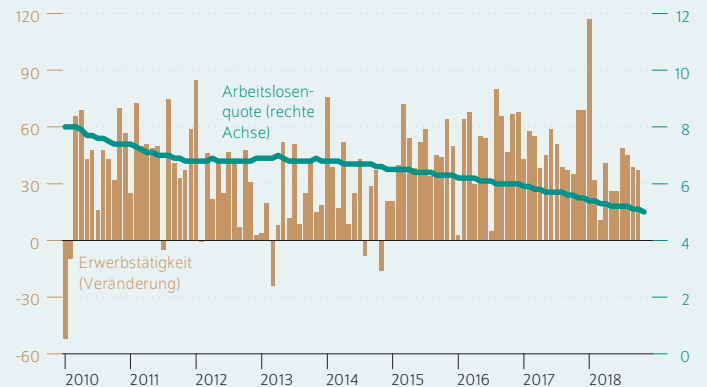
1. Auftragseingang

Kalender- und saisonbereinigte Werte



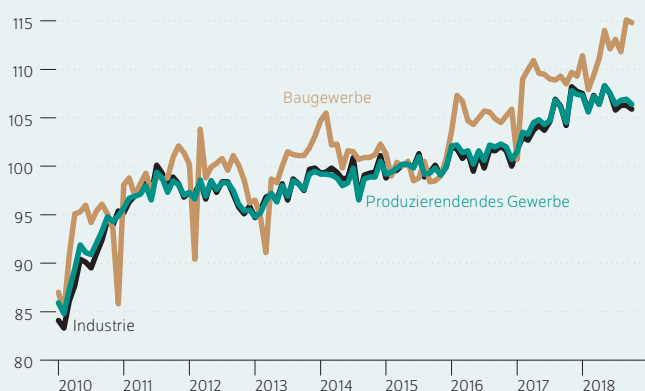
2. Arbeitsmarkt

In Tausend Personen (linke Achse) bzw. in Prozent (rechte Achse)



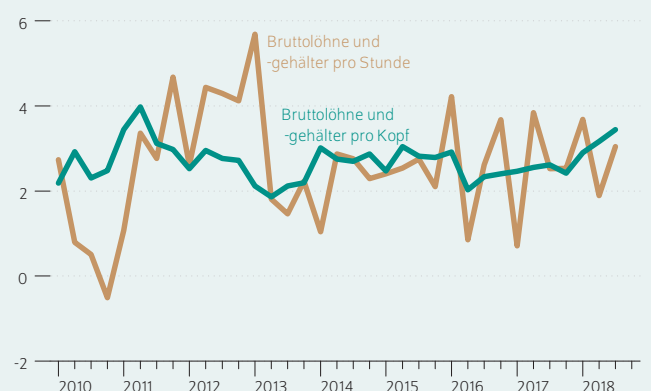
3. Produktionsindex

Kalender- und saisonbereinigte Werte



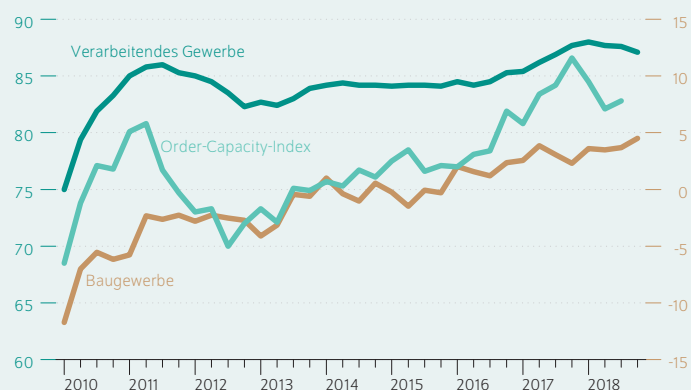
4. Löhne

Veränderung in Prozent



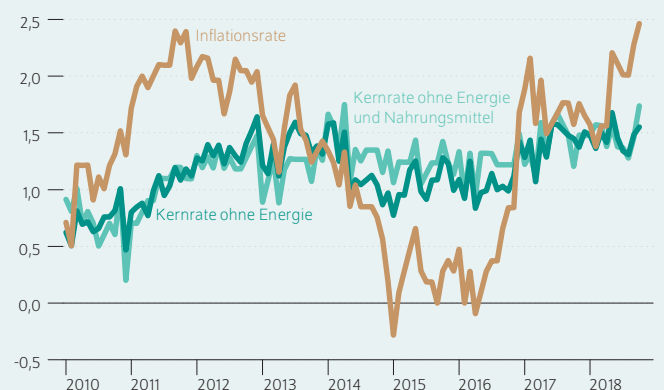
5. Kapazitätsauslastung

Kalender- und saisonbereinigte Werte



6. Preisentwicklung

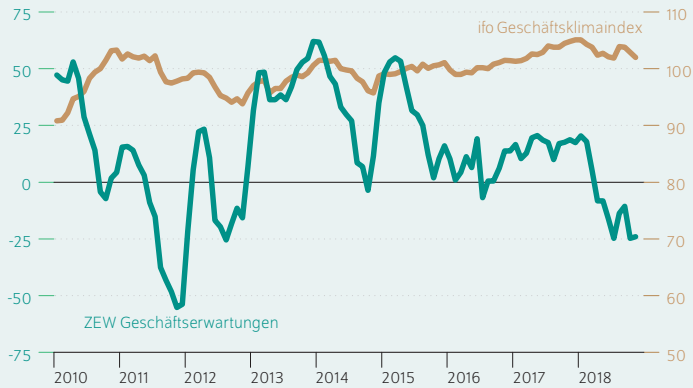
In Prozent, saisonbereinigte Werte



Quellen: (1,3,4,6) Statistisches Bundesamt; (2) Deutsche Bundesbank; (5) ifo Institut, Deutsche Bundesbank; (7) ifo Institut, ZEW; (8,10,12) Deutsche Bundesbank; (9) Eurostat; Baker/Bloom/Davis; (11) Statistisches Bundesamt.

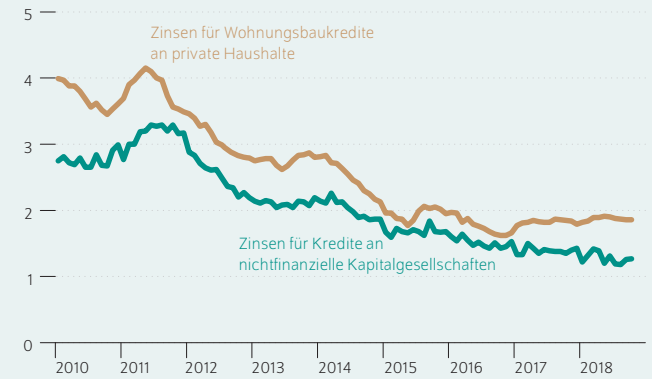
7. Unternehmensstimmung

Kalender- und saisonbereinigte Werte



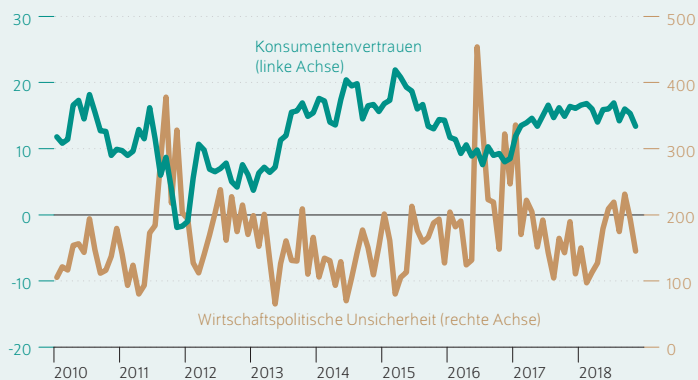
8. Zinsen

In Prozent



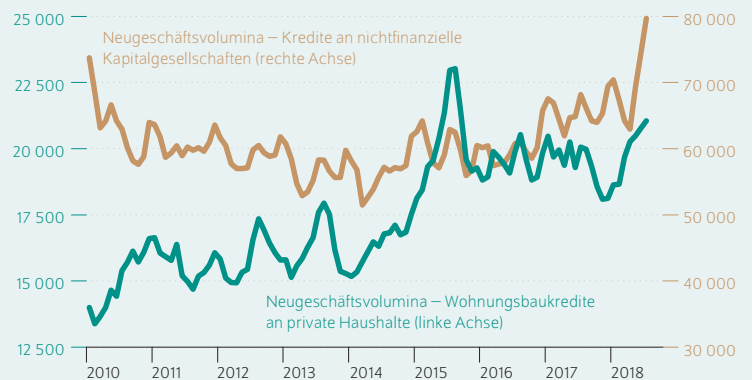
9. Konsumentenstimmung, wirtschaftspolitische Unsicherheit

Saldo positiver/negativer Antworten; Newsindex, Mittelwert vor 2011=100



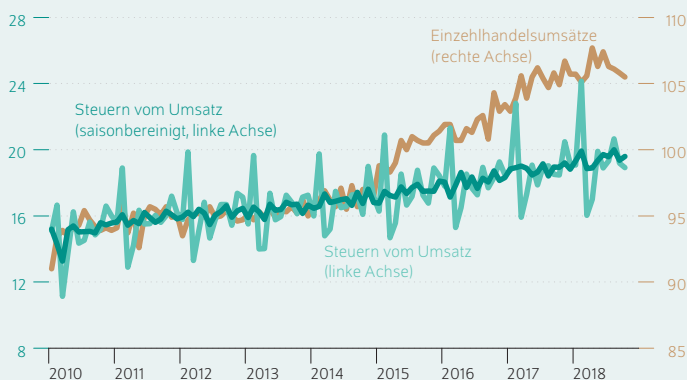
10. Kredite – Neugeschäftsvolumina

In Millionen Euro, gleitender Monatsdurchschnitt



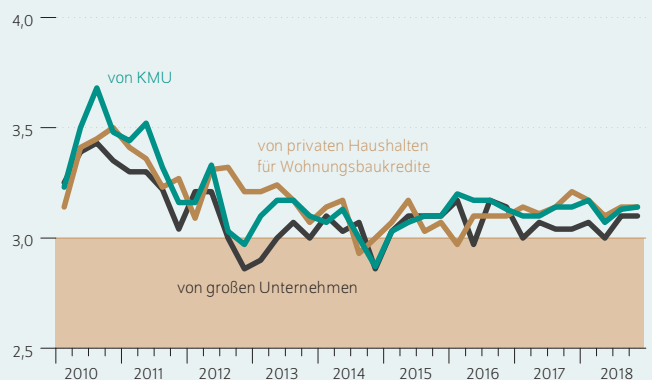
11. Umsatzsteueraufkommen und Einzelhandelsumsätze

Index 2010=100, in Milliarden Euro



12. Kreditnachfrage in den kommenden drei Monaten

3 = konstant; >3: steigt; <3: sinkt



INTERVIEW



Dr. Claus Michelsen, Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

„Die deutsche Wirtschaft steht unter dem Strich weiterhin gut da“

1. **Herr Michelsen, nach Jahren überdurchschnittlichen Wachstums hat sich die deutsche Wirtschaft zuletzt weniger kräftig entwickelt. Steht der deutschen Wirtschaft ein Abschwung bevor?** Tatsächlich hat sich die deutsche Wirtschaft gerade in den Sommermonaten sogar zurück entwickelt, sie ist im dritten Quartal nämlich geschrumpft. Wir haben aber bereits in unserer Sommer-Prognose davon gesprochen, dass die deutsche Wirtschaft sich abkühlen und auf einen Abschwung einschwenken wird. Das findet jetzt tatsächlich statt. Allerdings ist das in erster Linie das Ergebnis einer Sonderkonjunktur in der Automobilwirtschaft, die große Probleme hatte, ihre Autos nach neuen Prüfstandards zu zertifizieren.
2. **Mit welchen Wachstumszahlen rechnen Sie?** Wir rechnen für dieses Jahr noch mit einer Wachstumsrate von 1,5 Prozent. Das ist eine deutliche Abwärtsrevision unserer Prognose aus dem Sommer und hat vor allem mit dem erwähnten Sonder-effekt in der Automobilwirtschaft zu tun. Für das kommende Jahr rechnen wir mit 1,6 Prozent Wachstum und für das Jahr 2020 mit 1,8 Prozent. Diese 1,8 Prozent gehen aber vor allem darauf zurück, dass mehr Arbeitstage zur Verfügung stehen. Rechnet man diese zusätzlichen dreieinhalb Arbeitstage heraus, liegen wir 2020 bei 1,4 Prozent Wachstum.
3. **Wie groß ist die Gefahr, dass Deutschland in eine Rezession abgleitet?** Die Gefahr einer Rezession ist aus unserer Sicht eher gering. Technisch kann das durchaus sein, denn man spricht von einer Rezession, wenn die Wirtschaft zwei Quartale in Folge schrumpft. Das ist im Rahmen des Möglichen, denn der Sonder-effekt in der Automobilwirtschaft ist schwer zu quantifizieren. Allerdings sind die Grunddynamik der deutschen Wirtschaft und der Ausblick recht ordentlich, denn nach wie vor läuft das Auslandsgeschäft relativ gut. Wir denken auch, dass die Binnenwirtschaft sich wieder kräftiger entwickeln wird. Vor allen Dingen wird der private Konsum durch die Maßnahmen, die im Koalitionsvertrag vereinbart sind und zu Jahresbeginn 2019 wirksam werden, angeschoben. Aber auch die Investitionstätigkeit verlief bis in den Sommer hinein sehr gut. Gerade auch in der Bauwirtschaft rechnen wir da weiterhin mit einem Aufwärtstrend.

4. **Wie entwickeln sich die Verbraucherpreise und die Inflation in Deutschland?** Momentan erleben wir einen merklichen Preisauftrieb. Die letzte Monatsrate, die vom Statistischen Bundesamt berichtet wurde, wies einen Anstieg der Verbraucherpreise von 2,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr aus. Allerdings ist das ein temporärer Effekt, denn die Ölpreise haben kräftig angezogen. Diese sind mittlerweile wieder gefallen und das sollte im Prognosezeitraum auch die Preissteigerungsraten wieder deutlich reduzieren. Wir rechnen für das kommende Jahr mit 1,9 Prozent. Um diese Marke herum dürfte die Inflation auch im Jahr 2020 liegen.
5. **Setzt sich der Beschäftigungsaufbau in Deutschland fort?** Die Arbeitsmarktlage ist weiterhin äußerst positiv. Bis zuletzt haben die Unternehmen ihre Stammbesetzung kräftig ausgeweitet. Eine Sonderentwicklung sehen wir bei der Leiharbeit, denn die hat deutlich abgenommen. Ein Signal für eine Rezession sehen wir darin aber nicht, denn die Leiharbeit hat die konjunkturelle Spitze aus dem Winterhalbjahr abgefedert. Diese Spitze liegt jetzt hinter uns, was aber noch lange nicht heißt, dass es nun steil bergab geht.
6. **Wie stark sind die konjunkturellen Auswirkungen der internationalen Handelskonflikte zwischen den USA und dem Rest der Welt?** Bislang waren insbesondere die Auswirkungen des Konfliktes zwischen China und den USA für die Weltwirtschaft noch sehr überschaubar. Auch die chinesische und die US-amerikanische Wirtschaft waren von den bisher eingeführten Zöllen und Maßnahmen nicht besonders stark betroffen. Das kann sich allerdings ändern, wenn die Konflikte eskalieren. Speziell wenn die USA Zölle auf Automobile erheben würden, hätte das für Europa und insbesondere auch für Deutschland sehr negative Konsequenzen.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf www.diw.de/interview

VGR-TABELLEN

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2018 bis 2020

	2018	2019	2020	2018		2019		2020	
				1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr
1. Entstehung des Inlandsprodukts									
Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr									
Erwerbstätige	1,3	0,8	0,6	1,4	1,2	0,9	0,7	0,6	0,5
Arbeitszeit, arbeitstäglich	0,5	0,5	−1,1	0,4	0,6	1,3	−0,3	−0,5	−1,8
Arbeitstage	−0,3	0,0	1,5	−0,5	−0,1	−0,8	0,8	0,5	2,4
Arbeitsvolumen, kalendermonatlich	1,5	1,3	0,9	1,3	1,7	1,4	1,2	0,6	1,2
Produktivität¹	0,0	0,3	0,8	0,5	−0,5	−0,2	0,8	1,0	0,7
Reales Bruttoinlandsprodukt	1,5	1,6	1,8	1,9	1,2	1,1	2,0	1,6	2,0
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen									
a) Milliarden Euro									
Konsumausgaben	2 441,4	2 527,8	2 615,2	1 193,2	1 248,2	1 232,1	1 295,7	1 274,6	1 340,6
Private Haushalte²	1 779,6	1 836,5	1 894,2	872,8	906,7	897,3	939,2	925,3	968,9
Staat	661,8	691,4	720,9	320,4	341,5	334,9	356,5	349,3	371,7
Anlageinvestitionen	706,2	744,9	783,9	339,4	366,8	358,6	386,3	376,9	407,0
Ausrüstungen	225,8	233,4	244,1	107,9	117,8	110,9	122,4	115,1	129,1
Bauten	353,2	378,9	401,5	169,5	183,7	183,3	195,7	194,7	206,8
Sonstige Anlageinvestitionen	127,2	132,6	138,3	62,0	65,2	64,4	68,2	67,2	71,1
Vorratsveränderung³	12,6	14,4	16,5	8,6	4,0	17,2	−2,9	16,6	−0,2
Inländische Verwendung	3 160,2	3 287,1	3 415,6	1 541,2	1 619,0	1 608,0	1 679,1	1 668,1	1 747,5
Außenbeitrag	231,0	232,2	237,0	130,7	100,3	121,6	110,6	123,5	113,4
Exporte	1 590,9	1 657,5	1 730,6	791,5	799,3	818,1	839,5	850,3	880,2
Importe	1 359,9	1 425,3	1 493,6	660,8	699,1	696,5	728,9	726,8	766,8
Bruttoinlandsprodukt	3 391,2	3 519,3	3 652,5	1 671,8	1 719,3	1 729,6	1 789,7	1 791,6	1 860,9
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr									
Konsumausgaben	3,0	3,5	3,5	3,0	3,0	3,3	3,8	3,4	3,5
Private Haushalte²	2,7	3,2	3,1	2,8	2,7	2,8	3,6	3,1	3,2
Staat	3,6	4,5	4,3	3,4	3,7	4,5	4,4	4,3	4,3
Anlageinvestitionen	6,1	5,5	5,2	5,7	6,4	5,7	5,3	5,1	5,4
Ausrüstungen	4,9	3,4	4,6	5,6	4,3	2,8	3,9	3,7	5,4
Bauten	8,1	7,3	6,0	7,0	9,2	8,1	6,5	6,2	5,7
Sonstige Anlageinvestitionen	2,7	4,3	4,3	2,6	2,7	4,0	4,5	4,3	4,3
Inländische Verwendung	4,3	4,0	3,9	3,7	4,9	4,3	3,7	3,7	4,1
Exporte	3,2	4,2	4,4	3,8	2,6	3,4	5,0	3,9	4,9
Importe	5,1	4,8	4,8	3,9	6,3	5,4	4,3	4,4	5,2
Bruttoinlandsprodukt	3,5	3,8	3,8	3,7	3,2	3,5	4,1	3,6	4,0
3. Verwendung des Inlandsprodukts, preisbereinigt									
a) Verkettete Volumina in Milliarden Euro									
Konsumausgaben	2 181,0	2 216,2	2 248,6	1 074,5	1 106,5	1 088,8	1 127,4	1 104,7	1 143,9
Private Haushalte²	1 612,5	1 636,5	1 658,9	794,0	818,5	802,6	833,9	813,5	845,4
Staat	568,2	579,2	589,1	280,3	287,8	285,9	293,3	290,7	298,3
Anlageinvestitionen	610,8	627,9	646,6	295,2	315,6	303,4	324,6	311,8	334,8
Ausrüstungen	216,4	222,9	232,3	103,1	113,3	105,6	117,3	109,1	123,1
Bauten	282,9	290,6	297,3	137,4	145,5	141,7	148,9	145,1	152,1
Sonstige Anlageinvestitionen	112,2	115,2	118,5	54,9	57,3	56,1	59,1	57,7	60,8
Inländische Verwendung	2 786,5	2 839,9	2 892,4	1 375,1	1 411,4	1 402,7	1 437,2	1 426,6	1 465,8
Exporte	1 487,3	1 529,3	1 588,6	744,2	743,2	755,9	773,4	781,1	807,5
Importe	1 298,9	1 349,3	1 409,1	635,4	663,5	659,1	690,2	685,4	723,7
Bruttoinlandsprodukt	2 976,8	3 023,0	3 076,2	1 483,8	1 493,0	1 500,3	1 522,7	1 523,8	1 552,4
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr									
Konsumausgaben	1,1	1,6	1,5	1,2	1,0	1,3	1,9	1,5	1,5
Private Haushalte²	1,1	1,5	1,4	1,3	1,0	1,1	1,9	1,4	1,4
Staat	0,9	1,9	1,7	0,8	1,0	2,0	1,9	1,7	1,7
Anlageinvestitionen	3,0	2,8	3,0	2,8	3,2	2,8	2,8	2,8	3,2
Ausrüstungen	4,3	3,0	4,2	4,8	3,8	2,5	3,5	3,3	5,0
Bauten	3,2	2,7	2,3	2,5	3,8	3,1	2,4	2,4	2,1
Sonstige Anlageinvestitionen	0,5	2,7	2,9	0,4	0,6	2,3	3,1	2,9	2,8
Inländische Verwendung	2,0	1,9	1,8	1,7	2,2	2,0	1,8	1,7	2,0
Exporte	2,0	2,8	3,9	3,2	0,9	1,6	4,1	3,3	4,4
Importe	3,2	3,9	4,4	3,2	3,3	3,7	4,0	4,0	4,9
Bruttoinlandsprodukt	1,5	1,6	1,8	1,9	1,2	1,1	2,0	1,6	2,0

VGR-TABELLEN

Noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2018 bis 2020

	2018	2019	2020	2018		2019		2020	
				1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2010 = 100)									
Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr									
Private Konsumausgaben ²	1,6	1,7	1,7	1,5	1,7	1,7	1,7	1,7	1,8
Konsumausgaben des Staates	2,6	2,5	2,5	2,6	2,7	2,5	2,5	2,6	2,5
Anlageinvestitionen	2,9	2,6	2,2	2,8	3,1	2,8	2,4	2,2	2,1
Ausrüstungen	0,6	0,4	0,4	0,7	0,5	0,3	0,4	0,4	0,4
Bauten	4,8	4,4	3,6	4,4	5,2	4,9	4,0	3,7	3,5
Exporte	1,1	1,3	0,5	0,5	1,7	1,8	0,9	0,6	0,4
Importe	1,8	0,9	0,3	0,7	2,9	1,6	0,2	0,4	0,3
Bruttoinlandsprodukt	1,9	2,2	2,0	1,8	2,0	2,3	2,1	2,0	2,0
5. Einkommensentstehung und -verteilung									
a) Milliarden Euro									
Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	2 362,4	2 448,2	2 531,4	1 165,5	1 196,9	1 209,8	1 238,4	1 250,0	1 281,4
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	312,2	327,4	339,3	151,6	160,6	158,7	168,7	164,6	174,8
Bruttolöhne und -gehälter	1 432,6	1 496,3	1 554,0	682,6	750,0	715,5	780,8	743,3	810,7
Übrige Primäreinkommen ⁴	617,6	624,5	638,1	331,4	286,3	335,5	288,9	342,2	296,0
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	500,3	522,1	551,9	234,8	265,5	237,4	284,7	249,2	302,7
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2 862,7	2 970,3	3 083,3	1 400,3	1 462,4	1 447,2	1 523,1	1 499,2	1 584,1
Abschreibungen	599,5	623,0	645,7	296,8	302,7	309,2	313,8	320,5	325,2
Bruttonationaleinkommen	3 462,2	3 593,2	3 729,0	1 697,1	1 765,1	1 756,4	1 836,8	1 819,7	1 909,3
Nachrichtlich:									
Volkseinkommen	2 536,6	2 634,1	2 737,1	1 236,6	1 299,9	1 279,0	1 355,1	1 326,0	1 411,1
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	791,8	810,4	843,8	402,5	389,3	404,7	405,7	418,2	425,6
Arbeitnehmerentgelt	1 744,7	1 823,8	1 893,3	834,1	910,6	874,3	949,5	907,9	985,5
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr									
Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	4,1	3,6	3,4	4,2	4,0	3,8	3,5	3,3	3,5
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	3,3	4,9	3,6	3,6	3,0	4,7	5,1	3,7	3,6
Bruttolöhne und -gehälter	4,8	4,4	3,9	4,7	4,9	4,8	4,1	3,9	3,8
Übrige Primäreinkommen ⁴	2,7	1,1	2,2	3,3	2,1	1,3	0,9	2,0	2,4
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	-0,6	4,3	5,7	0,3	-1,3	1,1	7,2	5,0	6,3
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	3,2	3,8	3,8	3,5	3,0	3,3	4,2	3,6	4,0
Abschreibungen	4,6	3,9	3,6	4,5	4,7	4,2	3,6	3,6	3,6
Bruttonationaleinkommen	3,5	3,8	3,8	3,7	3,3	3,5	4,1	3,6	3,9
Nachrichtlich:									
Volkseinkommen	3,3	3,8	3,9	3,5	3,0	3,4	4,2	3,7	4,1
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	0,5	2,3	4,1	1,6	-0,5	0,5	4,2	3,3	4,9
Arbeitnehmerentgelt	4,5	4,5	3,8	4,5	4,6	4,8	4,3	3,8	3,8
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte									
a) Milliarden Euro									
Masseneinkommen	1 401,5	1 472,0	1 524,9	673,2	728,3	708,1	763,8	734,1	790,8
Nettolöhne- und -gehälter	946,4	993,4	1 030,3	445,6	500,7	469,5	523,9	487,0	543,2
Monetäre Sozialleistungen	579,8	608,4	629,8	289,3	290,6	302,8	305,6	313,9	315,9
abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen ⁵	124,7	129,8	135,1	61,7	63,1	64,2	65,7	66,8	68,3
Übrige Primäreinkommen ⁴	617,6	624,5	638,1	331,4	286,3	335,5	288,9	342,2	296,0
Sonstige Transfers (Saldo) ⁶	-86,8	-93,0	-96,5	-42,2	-44,6	-45,9	-47,0	-47,7	-48,8
Verfügbares Einkommen	1 932,3	2 003,5	2 066,6	962,3	970,0	997,8	1 005,7	1 028,6	1 038,0
Nachrichtlich:									
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	52,9	53,8	54,7	26,1	26,8	26,5	27,2	27,0	27,7
Konsumausgaben	1 779,6	1 836,5	1 894,2	872,8	906,7	897,3	939,2	925,3	968,9
Sparen	205,6	220,8	227,0	115,6	90,0	127,0	93,8	130,2	96,7
Sparquote in Prozent ⁷	10,4	10,7	10,7	11,7	9,0	12,4	9,1	12,3	9,1
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr									
Masseneinkommen	4,0	5,0	3,6	3,8	4,2	5,2	4,9	3,7	3,5
Nettolöhne- und -gehälter	4,8	5,0	3,7	4,6	5,0	5,4	4,6	3,7	3,7
Monetäre Sozialleistungen	2,6	4,9	3,5	2,3	2,9	4,7	5,2	3,7	3,4
abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen ⁵	3,6	4,1	4,1	3,0	4,2	4,1	4,1	4,1	4,1
Übrige Primäreinkommen ⁴	2,7	1,1	2,2	3,3	2,1	1,3	0,9	2,0	2,4
Verfügbares Einkommen	3,3	3,7	3,2	3,3	3,3	3,7	3,7	3,1	3,2
Konsumausgaben	2,7	3,2	3,1	2,8	2,7	2,8	3,6	3,1	3,2
Sparen	8,3	7,4	2,8	7,1	9,9	9,9	4,1	2,6	3,2

VGR-TABELLEN

Noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2018 bis 2020

	2018	2019	2020	2018		2019		2020	
				1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates ⁸									
a) Milliarden Euro									
Einnahmen									
Steuern	800,5	826,9	853,0	404,3	396,1	417,1	409,9	430,0	423,1
direkte Steuern	446,4	462,7	478,7	227,3	219,1	235,4	227,3	243,3	235,3
indirekte Steuern	354,1	364,2	374,4	177,1	177,0	181,7	182,5	186,6	187,7
Nettosozialbeiträge	570,7	594,2	616,7	276,7	294,0	288,6	305,6	299,7	317,0
Vermögenseinkommen	18,5	18,7	18,2	11,4	7,1	11,9	6,8	11,6	6,6
Laufende Übertragungen	23,6	22,8	23,2	11,6	12,0	10,7	12,2	10,8	12,3
Vermögenstransfers	12,0	11,4	11,8	5,5	6,5	5,6	5,7	5,9	5,9
Verkäufe	114,2	117,1	119,1	54,2	60,0	55,6	61,5	56,5	62,6
Sonstige Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	1539,7	1591,4	1642,2	763,9	775,9	789,5	801,8	814,5	827,6
Ausgaben									
Vorleistungen	162,7	170,1	177,3	74,0	88,7	77,4	92,7	80,7	96,6
Arbeitnehmerentgelte	255,2	265,0	275,7	122,8	132,4	127,5	137,5	132,5	143,2
Soziale Sachleistungen	286,8	299,0	309,9	142,0	144,8	148,2	150,8	153,8	156,0
Vermögenseinkommen (Zinsen)	31,2	29,9	28,8	15,9	15,3	15,2	14,8	14,6	14,2
Subventionen	27,9	28,0	28,2	13,4	14,5	13,4	14,6	13,5	14,7
Monetäre Sozialleistungen	519,7	544,9	564,2	259,6	260,1	271,3	273,6	281,3	282,9
Sonstige laufende Transfers	81,9	88,6	91,5	40,6	41,2	44,0	44,7	45,4	46,1
Bruttoinvestitionen	80,0	86,2	92,2	34,8	45,2	37,6	48,6	40,3	51,9
Vermögenstransfers	39,6	35,1	37,4	13,2	26,4	13,2	21,9	14,2	23,2
Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgegenständen	−1,6	−1,6	−1,6	−0,6	−1,0	−0,6	−1,0	−0,6	−1,0
Sonstige Produktionsabgaben	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	1483,6	1545,5	1603,8	715,8	767,9	747,3	798,2	775,9	827,9
Finanzierungssaldo	56,1	45,9	38,4	48,1	8,0	42,2	3,7	38,7	−0,3
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr									
Einnahmen									
Steuern	4,4	3,3	3,2	5,4	3,5	3,2	3,5	3,1	3,2
direkte Steuern	6,0	3,7	3,4	7,6	4,3	3,6	3,7	3,4	3,5
indirekte Steuern	2,6	2,9	2,8	2,7	2,5	2,6	3,1	2,7	2,8
Nettosozialbeiträge	4,0	4,1	3,8	4,1	4,0	4,3	3,9	3,8	3,7
Vermögenseinkommen	16,3	1,1	−2,7	31,7	−2,0	4,0	−3,6	−2,2	−3,7
LaufendeÜbertragungen	8,4	−3,4	1,5	18,6	0,1	−8,4	1,4	1,5	1,5
Vermögenstransfers	17,8	−5,2	3,8	13,8	21,3	3,3	−12,3	3,9	3,6
Verkäufe	3,1	2,5	1,7	3,3	2,9	2,5	2,5	1,7	1,7
Sonstige Subventionen	0,5	0,0	0,0	1,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	4,5	3,4	3,2	5,3	3,7	3,4	3,3	3,2	3,2
Ausgaben									
Vorleistungen	4,1	4,5	4,3	3,2	4,9	4,7	4,4	4,3	4,2
Arbeitnehmerentgelte	3,4	3,8	4,0	3,8	3,1	3,8	3,9	3,9	4,1
Soziale Sachleistungen	3,0	4,2	3,6	2,8	3,2	4,4	4,1	3,8	3,5
Vermögenseinkommen (Zinsen)	−7,6	−4,2	−3,8	−10,1	−4,8	−4,5	−3,8	−3,8	−3,8
Subventionen	−1,6	0,4	0,4	−3,6	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
Monetäre Sozialleistungen	2,7	4,8	3,5	2,5	2,9	4,5	5,2	3,7	3,4
Sonstige laufende Transfers ⁹	6,7	6,8	2,9	0,8	5,8	3,3	3,4	1,4	1,5
Bruttoinvestitionen	10,4	7,8	6,9	11,8	9,4	8,2	7,5	7,1	6,8
Vermögenstransfers ⁹	−4,3	−4,5	2,3	−40,6	21,6	−0,1	−17,1	7,9	5,8
Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgegenständen ⁹	0,0	0,0	0,0	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Produktionsabgaben ⁹	0,0	0,0	0,0	−3,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	3,0	4,2	3,8	1,5	4,6	4,4	3,9	3,8	3,7

1 Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.

2 Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

3 Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

4 Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen.

5 Einschließlich verbrauchsnahe Steuern.

6 Empfangene abzüglich geleistete Transfers.

7 Sparen in Prozent des verfügbaren Einkommens.

8 Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.

9 Absolute Änderung gegenüber dem Vorjahr in Mrd EUR.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); DIW Wintergrundlinien 2018.



C. KATHARINA SPIESS

Was die Grundgesetzänderung im Bildungsbereich und das Gute-Kita-Gesetz miteinander zu tun haben

Prof. Dr. C. Katharina Spieß, Leiterin der Abteilung
Bildung und Familie am DIW Berlin.
Der Kommentar gibt die Meinung der Autorin wieder.

Der Bundestag hat mit der nötigen Zwei-Drittel-Mehrheit für eine Grundgesetzänderung gestimmt, derzufolge der Bund im Bildungsbereich künftig nicht nur in Gebäude investieren darf, sondern auch in Personal und Fortbildung. Dabei soll er nicht wie bisher nur finanzschwachen Kommunen unter die Arme greifen können, sondern allen Städten und Gemeinden. Zwar ist das Ganze vorerst ins Stocken geraten, weil die Bundesländer im Bundesrat den Vermittlungsausschuss angerufen haben und nachverhandeln wollen. Doch letztlich wird und muss es einen Kompromiss geben, denn klar ist: Eine entsprechende Änderung des Grundgesetzes ist mehr als überfällig – und zwar nicht nur, um den „Digitalpakt Schule“ endlich umsetzen.

Auch wenn das der Hauptanlass für die Grundgesetzänderung sein mag, geht es doch um deutlich mehr, denn das Projekt „Bildungsrepublik Deutschland“ ist noch lange nicht am Ziel. Regionale Unterschiede in der Finanzkraft der Gebietskörperschaften dürfen nicht wie im jetzigen Ausmaß dazu führen, dass Kindern und Jugendlichen unterschiedliche Bildungsangebote und diese auch noch in unterschiedlicher Qualität bereitstehen. Auch der Bund profitiert massiv von einer guten Bildung aller Menschen in Deutschland. Somit ist es nur folgerichtig, dass sich auch der Bund an den Ausgaben beteiligt. Dass er dann auch mitreden will, wie und in was investiert wird, ist nachvollziehbar. Dass die Länder eine andere Form der Finanzierungsbeteiligung des Bundes befürworten, mag aus ihrer Perspektive auch wiederum einleuchten. Aus gesamtgesellschaftlicher Perspektive kommt es aber einzig und allein darauf an, dass Kinder und Jugendliche bundeslandübergreifend Bildungsangebote in gleichwertiger Qualität und Quantität in Anspruch nehmen können.

Das gilt nicht nur mit Blick auf die Schulen, sondern auch für den Kita-Bereich. Auch wenn es sehr zu begrüßen ist, dass der Bund mit dem „Gute-KiTa-Gesetz“ endlich ein Qualitätsgesetz auf den Weg bringt, so ist er doch auf halber Strecke stehen geblieben. In Absprache mit den Ländern wurden zehn Handlungsfelder zur Qualitätsverbesserung definiert. Um diese anzugehen, müssen alle Beteiligten neben Gestaltungswillen auch

mehr Geld aufbringen. Der Bund will 5,5 Milliarden Euro in den Qualitätsausbau der Kindertagesbetreuung investieren. Allerdings hat er die Mittel nur bis 2020 zugesagt, zudem kann er eine zweckgebundene Verwendung nicht direkt sicherstellen. Vielmehr muss er sich auf die Selbstverpflichtung der Länder verlassen, wonach diese geeignete Maßnahmen zur Qualitätsentwicklung treffen. Damit werden sich die großen Qualitätsunterschiede zwischen den Bundesländern aber kaum in Luft auflösen. So ist nicht auszuschließen, dass einige Länder die zusätzlichen Mittel für beitragsfreie Kitas nutzen, während andere in die Qualifizierung der pädagogischen Fachkräfte investieren. Warum darf der Bund denn nicht auch in diesem Bereich *direkt* in Personal und Fortbildung investieren? Warum soll dies zunächst nur beim „Digitalpakt Schule“ möglich sein und nicht bei der kaum minder wichtigen frühen Bildung und Betreuung? Zwar will der Bund mit dem neuen Gesetz striktere Rahmenrichtlinien beispielsweise mit Blick auf die Kita-Gebühren vorgeben – allerdings fragt man sich, warum etwa nicht explizit und verbindlich eine progressive Gebührenordnung für alle festgehalten wird, die die hohe Zahlungsbereitschaft von höheren Einkommensgruppen, die Studien auch des DIW Berlin bereits nachgewiesen haben, abschöpft und untere Einkommen noch stärker entlastet. Sinnvoll wäre auch ein gesetzlich verankertes Monitoring durch einen neutralen Akteur. Unter dem Strich gibt es also viele gute Ansatzpunkte, deren Wirkung letztlich aber wie bisher vom politischen Gestaltungswillen und der Finanzlage der Kommunen und Länder abhängen wird.

Für die Kitas wie für die Schulen gilt daher: Bitte keine halben Sachen! Die Milliarden vom Bund können nur dann effizient verwendet werden und allen zugutekommen, wenn der bisherige Flickenteppich flächendeckend durch einen einheitlich guten Qualitätsteppich ersetzt wird.